sind. Das Schicksal der Sozialdemokratie wird davon abhängen, das Dauernde ihrer Gedankenarbeit von dem an eine jetzt abgeschlossene Zeitepoche gebundenen zu scheiden und mit dem unvergänglichen Gedankengut des Fortschritts für die Entwicklung unserer Nation zu einem Sozialismus deutscher Prägung zu arbeiten.

*

Auf gewerkschaftlichem Gebiet

haben sich nach Ostern Ereignisse vollzogen, deren Ursachen und Tragweite sich noch nicht deutlich übersehen lassen. Zwischen der NSBO. und einzelnen Gewerkschaften waren vor Ostern Besprechungen angeregt und angesetzt worden. Diese Besprechungen sind nach Ostern nicht fortgeführt worden. Die Vertreter der NSBO. haben gebeten, von der Weiterführung der Besprechungen abzusehen und, soweit eine Fühlungnahme schon vor sich gegangen war, die Verhandlungsprotokolle zu vernichten. Die Verhandlungen dürften auf Weisung höherer Stellen abgeblasen worden sein.

Man bringt diese Wendung mit der Annahme in Zusammenhang, daß die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik bei den Nationalsozialisten abermals eine Aenderung erfahren haben. Jedoch läßt sich der neue Kurs noch nicht deutlich erkennen

Anscheinend denken die gewerkschaftlich interessierten Kreise bei der NSDAP. immer noch an die Kombination zwischen NSBO. und den alten Gewerkschaften, und zwar in der Art, daß der NSBO. politische Funktionen zugesprochen werden, während sich die Gewerkschaften auf rein gewerkschaftliche bzw. sozialpolitische Tätigkeit zu beschränken. Ueberdas Tempo, mit dem sich diese Umwandlung vollziehen soll, scheint sich die Auffassung geändert zu haben. Anfangs lautete die Parole, die Dinge möglichst rasch und gewissermaßen in einem Guß in Fluß und zum Abschluß zu bringen. Heute denkt man an eine Entwicklung in Etappen:

1. Gleichschaltung in den einzelnen Gewerkschaften und Klärung der Führerfrage.
2. Neugliederung und Konstruktion der Spitzenorganisation.
3. Bildung von Zwangsgewerkschaften.

Dieses Programm schließt nicht aus, daß sich die Regierung noch vor dem 1. Mai mit einer besonderen Kundgebung an die Gewerkschaften wendet, die aber kaum organisatorische Dinge berühren dürfte.

Bevorstehende Auflösung des Afa-Bundes

Der Vorstand des Afa-Bundes beschäftigte sich am Mittwoch mit der gegenwärtigen Lage. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sich dahin auslegen lassen, daß mit der Auflösung des Bundes Anfang nächster Woche, spätestens aber vor dem 1. Mai zu rechnen ist. Der Bundesvorstand der Afa trägt damit der tatsächlichen Entwicklung nur Rechnung. Der von ihm Ende März gefaßte Umstellungsbeschluß war nach Lage der Dinge ein Auflösungsbeschluß.

*

Der Afa-Bund wurde im Jahre 1921 gegründet. Er faßte die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände in der Art zusammen wie der ADGB. die Arbeitergewerkschaften. Die Träger des Bundes waren der Butab (Bund technischer Angestellten und Beamten), der ZdA. (Zentralverband der Angestellten) und der Werkmeisterverband. Hinzu kamen kleinere Gewerkschaften, so die Verbände der Chorsänger, der Zuschneider, der Fördermaschinisten, der Schiffsingenieure, der Kapitäne und Steuerleute, die Internationale Artistenloge und die Bühnengenossenschaft. Auf Grund der politischen Wandlung sind die Bühnengenossenschaft und die Verbände der Schiffsingenieure und der Kapitäne und Steuerleute bereits aus dem Afa-Bund ausgeschieden. Der Butab und die Werkmeister glauben, der Notwendigkeit, zu einer andern Gruppierung zu kommen, Rechnung tragen zu müssen. Die Verhandlungen sind seit Tagen im Gange. So hat der Werkmeisterverband, der größte Verband dieser Sparte, bereits mit dem Werkmeisterbund, der im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dem aufgelösten Deutschen Gewerkschaftsbund angehörte, Fühlung genommen. Ob die Vereinigung mit dem Werkmeisterbund für den Werkmeisterverband eine Stärkung bedeutet, muß bezweifelt werden. Der Werkmeisterbund dürfte anstatt der 15 000 Mitglieder, die er noch vor kurzem angab, nur etwa 4000 Mitglieder zählen und stark verschuldet sein. Nicht anders liegen die Verhältnisse wohl bei den Technikern. Es ist auffallend, daß gerade die als marxistisch verschrienen freigewerkschaftlichen Verbände sehr rationell zu wirtschaften verstanden haben.

Wir nehmen schweren Herzens vom Afa-Bund mit folgenden Feststellungen Abschied: Er war ein großangelegter Versuch der Emanzipation der Angestellten. Er war, wirtschaftspolitisch und betriebspolitisch gesehen, ein Versuch, die alte Streitaxt zwischen Kaufmann und Techniker zu begraben. Er war ein Versuch, Kopf- und Handarbeiter auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu einen. Daß dieser Versuch nicht umsonst war, beweisen Zehntausende von Mitgliedern, die den Afa-Verbänden in dieser schweren Zeit die Treue bewahren.

„Gleichschaltung" durch Selbstaufgabe

In der „DAZ." vom 10. April lesen wir:

„Im freien Wirtschaftsleben haben manche Kreise nach dem 5. März noch nicht zum inneren Gleichgewicht zurückgefunden. Die Neigung zur kampflosen Selbstaufgabe ist in höherem Maße verbreitet, als es die neuen Männer sebst annehmen konnten. Verbände und Personen lassen sich „gleichschalten", von denen man es kaum für möglich gehalten hätte. Ihnen und nur ihnen ist ein Vorwurf zu machen, weniger den nationalsozialistischen Parteiangehörigen, die von sich aus irgendwelche Veränderungen, berechtigte oder unberechtigte, durchzusetzen versuchen. Die Reichsregierung, der politische Zentralausschuß der NSDAP. und jetzt auch die Leitung der Betriebszellenorganisation haben jeden Sondereingriff scharf verboten, und es ist in vielen Fällen nicht einzusehen, weshalb manche bewährte Kraft ohne Widerstand von ihrem Platze weicht. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel gegeben, das Nachahmung verdient. Die Reichsregierung verlangt von allen Personen und Verbänden vollste Loyalität. Sie kann aber keinesfalls auf die Mitarbeit erfahrener nationaler Kräfte im freien Wirtschafts- und Verbandsleben verzichten. Auch die Ueberfülle der Ehrenbürgerurkunden für Hindenburg und Hitler, die Umbenennungen von Straßen und Plätzen, die manchmal selbst vor geschichtlicher Ehrwürdigkeit nicht haltmachen, wirken in ihren Begleitumständen manchmal erstaunlich, nicht nur dann, wenn sie von Persönlichkeiten ausgehen, die bis vor kurzem jede Sympathie für die nationalsozialistische Bewegung weit von sich gewiesen hätten. Reichspräsident und Reichskanzler haben in ihrem Leben Angriffe und Ehren gleichermaßen in Hülle und Fülle gekostet. Der Byzantinismus wird sie nicht reizen. Mehr Takt, mehr Geschmack und mehr Zivilcourage dürften ihnen größere Achtung einflößen, als dieser Wettlauf um ihre Gunst, die mit solchen Mitteln nicht errungen werden kann.

Der Staat von Weimar baute sich allzu ausschließlich auf Ratio und Verstand, auf volksfremdem Denken und Handeln (vielmehr Unterlassen) auf. Die deutsche Neigung zum Extremen mit ihrem heute oft bis zur Selbstentäußerung getriebenen Verzicht auf jeden Einwand und Vorbehalt läßt manchmal die Befürchtung wach werden, als solle das neue Reich nach dem Willen der Regierten, nicht der Regierenden, ausschließlich auf Gefühl und Instinkt gebaut werden. Das wäre ebenso falsch wie jenes. Kein Politiker kann sich der Macht der seit dem 30. Januar geschaffenen Tatsachen, dem Schwung und der Kraft entziehen, mit dem sie eingeleitet und befestigt wurden. Aber es würde zu unerträglicher Uniformierung des deutschen politischen und geistigen Lebens führen, wollte die ganze gebildete Welt nun nichts mehr anderes tun, als diese Wunder sprachlos zu bestaunen. In unsern Augen ist das keine Mitarbeit an den für lange Zeit entscheidenden Aufgaben und Zielsetzungen dieser Tage, ebenso wenig wie die unerträgliche Liebedienerei geschworener früherer Feinde der Hitler-Bewegung, die sich jetzt plötzlich ihrer Kaiser-Geburtstagsreden aus der Vorkriegszeit erinnern."

infolge längerer Arbeitslosigkeit sehr schlecht ging, bat er den Genossen Brauer als einen alten Bekannten um eine kleine Unterstützung, die ihm Genosse Brauer aus seinen persönlichen Mitteln auch sogleich gewährte. Daraufhin hat sich der Arbeiter mit jenem in der Presse mit so hämischen Bemerkungen versehenen Schreiben bei Brauer über die gewährte Hilfe bedankt. Die „Bestechung" hat also darin bestanden, daß Brauer einem arbeitslosen Genossen hilfreich unter die Arme gegriffen und das Vertrauen, das der alte Kampfgefährte in ihn setzte, nicht enttäuscht hat. Was wäre wohl geschehen, wenn Brauer anders gehandelt hätte? Dann hätte es jetzt geklungen: „Da seht die dicken, vollgefressenen Bonzen. Sie haben die großen Gehälter bezogen und schlagen, wenn sich ein arbeitsloser Genosse an sie wendet, ihm jede Hilfe ab." Da es mit solcher Hetze nicht geht, wird jetzt der Spieß umgedreht und aus persönlicher Unterstützung eine Bestechung gemacht.

Unsere Genossen mögen aus diesen wenigen Beispielen ersehen, wie jetzt versucht wird, die sozialdemokratische Führerschaft zu diffamieren. Wir können unsern Mitgliedern nur immer wieder raten, sich durch alle solche Zweckmeldungen nicht ins Bockshorn jagen zu lassen.

*

Wer wird Statthalter der Hansestädte?

Bislang sind auf Grund des Statthalter-Gesetzes nur die Statthalter für Preußen und Bayern bestimmt worden. Es verlautet lediglich, daß für die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck gemeinsam ein Statthalter ernannt werden soll. Hinter den Kulissen ist nun ein großer Streit ausgebrochen über die Person des Statthalters. Der Streit muß heftig sein; denn andeutungsweise erfährt man davon sogar schon aus den Zeitungen, die ja gemeinhin in dieser Zeit verdammt vorsichtig sind. Die Hamburger interessierten Stellen wollen, daß der Gauleiter Kaufmann Statthalter werde. Darüber scheint man in Bremen nicht entzückt zu sein. Man sieht darin eine Benachteiligung Bremens, das seine Bedeutung als Hafenstadt gegenüber der großen Schwesterstadt Hamburg dann nicht genügend gewahrt sieht, wenn ein Hamburger Statthalter wird. Man sucht nach Auswegen. Die Bremer „Weser-Zeitung" hat einen entdeckt. Sie schlägt vor, daß der Reichskanzler Hitler selbst die Statthalterschaft über die drei Hansestädte übernehmen möge und so die reichsunmittelbare Bedeutung der Hansestädte zu unterstreichen.

Am Rande muß man auch von diesem Streit Kenntnis geben und nehmen.

Abstimmungen in Stadtparlamenten

Die Zeitungsnachricht aus Rheydt, nach der die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Ernennung des Ministers Goebbels zum Ehrenbürger gestimmt haben, ist falsch. Die Genossen hatten sich vor der Abstimmung aus dem Sitzungssaal entfernt.

Auch in verschiedenen andern Orten, aus denen ähnliche Nachrichten über Verleihung von Ehrenbürgerrechten oder Umbenennung von Plätzen und Straßen vorliegen, sind diese Beschlüsse bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten zustande gekommen, was die Zeitungen veranlaßte, von „einstimmiger" Annahme zu schreiben.

Auch aus dem Altonaer Stadtparlament berichteten einige Zeitungen von „einstimmigen" Beschlüssen bzw. Wahlen. Die „einstimmige" Wahl von Nationalsozialisten zum Oberbürgermeister, zum Bürgermeister und zu besoldeten Senatoren erfolgte ohne Beteiligung der Sozialdemokraten. Unsere Genossen bestritten die Rechtmäßigkeit der Wahl überhaupt und lehnten deshalb die Teilnahme an dieser Wahlhandlung ab.

Ueber einen Vorfall im Pommerschen Provinziallandtag

berichtet die bürgerliche Presse:

> „Zu einem Zwischenfall kam es am Schlusse der Sitzung, als der Sozialdemokrat Passehl für seine Fraktion eine Erklärung abgeben wollte, in der er unter anderm auch von einem ungerechten Verbot sprach. Es erhob sich ein ziemlicher Tumult bei den Nationalsozialisten. Ein Abgeordneter der NSDAP. ging zur Rednertribüne und nahm den Abgeordneten Passehl beim Kragen. Mehrere SA.-Leute führten den Abgeordneten Passehl zur Tür, während der Präsident heftig seine Glocke schwang, so daß diese schließlich in Trümmer ging. Passehl wurde von der weiteren Sitzung ausgeschlossen.

„Jeder ist zur Mitarbeit willkommen"

Reichsinnenminister Dr. Frick richtete, wie WTB. am 13. April meldete, im Tonfilm eine Ansprache an das deutsche Volk, aus der folgende Stelle besonders wichtig ist:

„Wie der Führer, unser Volkskanzler Adolf Hitler, wiederholt betont hat, ist der Reichsregierung jeder zur Mitarbeit willkommen, der sich zu Deutschland bekennt. Jeder aber, der sich gegen Deutschland wendet, soll wissen, daß er als Feind des Volkes aus der Volksgemeinschaft ausgemerzt wird. Nur der heiligen Aufgabe des deutschen Freiheitskampfes mitzuwem Volk und Heimat über alles geht, ist würdig, an arbeiten."

*

Der Präses der hamburgischen Landesjustizverwaltung hat angeordnet, daß von der Einberufung jüdischer und marxistischer Schöffen, Geschworenen und Handelsrichtern bei den hamburgischen Gerichten abzusehen ist.

*

Am 18. April verbreitete Conti-Büro einen Auszug aus einem Artikel des nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter", der sich gegen eine Verlautbarung deutscher Bischöfe wendet, in der bedauert wird, daß „treue Staatsbürger und verdiente arbeitswillige Männer aus ihren Aemtern beseitigt worden seien". Der „Westdeutsche Beobachter" erklärt dazu unter anderm:

„Die jetzt vom Staat vorgenommenen Entlassungen haben ihren Grund nicht im geringsten in der gesinnungsmäßigen oder parteipolitischen Einstellung der Entlassenen (Marxisten sind von dieser Feststellung natürlich ausgenommen, denn wir können uns trotz allem nicht denken, daß die Bischöfe Sozialdemokraten und Kommunisten in Schutz nehmen wollen). Alle Entlassungen gründen sich auf das ordentliche Gesetz und treffen lediglich jene, die ohne Eignung und Befähigung ihre Aemter ergattert haben oder nachgewiesenermaßen Korruption und Verlumpung in Beamtenschaft und Staat hineingetragen haben."

*

Direktor Thieme von der hamburgischen Strafanstalt Lauerhof ist mit sofortiger Wirkung beurlaubt und für ihn der Oberleutnant a. D. Karl Leonhard kommissarisch eingesetzt worden. Der Verwaltungsdirektor bei den hamburgischen Gefangenenanstalten, Lorenzen, ist seinem Antrage entsprechend mit soortiger Wirkung beurlaubt worden.f

Die Staatliche Pressestelle teilt mit: Der Präses der Landesschulbehörde, Senator Witt, beurlaubte bis auf weiteres den Oberschulrat vom Berufsschulwesen, Schult, und den Direktor an den Berufsschulen, Karl Blume. Beide Herren waren Mitglieder der SPD., Oberschulrat Schult seit einem Jahrzehnt Bürgerschaftsabgeordneter der SPD. Die Schulräte beim Volksschulwesen, Zeidler, Frau Christiansen und Brunckhorst, wurden ebenfalls bis auf weiteres beurlaubt.

Die Sozialdemokratie und der 1. Mai als Feiertag der nationalen Arbeit

Die Reichsregierung hat den 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit erklärt. Der Beschluß, den 1. Mai als Festtag der Arbeit zu feiern, wurde vom Internationalen Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1889 gefaßt und im Jahre 1890 zum erstenmal ausgeführt. Er entsprang der Erkenntnis, daß der Kampf gegen den internationalen Kapitalismus nur international geführt werden kann, und galt in erster Linie der Eroberung des Achtstundentages. Später trat die Erhaltung des Weltfriedens als zweites Mai-Ziel in Erscheinung, und schließlich feierten die Arbeiter, besonders in Preußen, den 1. Mai im Zeichen des Kampfes gegen das Dreiklassenwahlrecht für das gleiche Recht aller, für die Demokratie.

Nach dem Kriege beschloß die Nationalversammlung auf sozialdemokratischen Antrag, für das Jahr 1919 den 1. Mai als Staatsfeiertag. Der Versuch, ihn als solchen zu erhalten, stieß jedoch auf starken Widerstand des Bürgertums. Immerhin galt der 1. Mai noch bis vor kurzem in einigen Ländern, wie Sachsen und in Hamburg, als Staatsfeiertag und wurde dort noch im vorigen Jahre als solcher gefeiert. Nach ihrem Sieige erklärten die Nazis ihn für abgeschafft. Um so überraschender wirkt nun der Beschluß der Reichsregierung, zumal wenn man bedenkt, daß der 1. Mai bisher nur von dem „marxistischen" Teil der Arbeiterklasse in Ehren gehalten, von dem andern Teil aber, besonders von den christlichen Gewerkschaften, abgelehnt worden war.

Daß die NSDAP., wenn sie jetzt den 1. Mai zum Staatsfeiertag erhebt, keineswegs im Sinne des Pariser Sozialistenkongresses zu handeln beabsichtigt, ist selbstverständlich. Im Gegenteil soll der Feiertag der nationalen Arbeit zu einer großzügigen Propagandaveranstaltung gegen die Sozialdemokratische Partei ausgebaut werden. Aus alledem ergibt sich, daß die Teilnahme von Sozialdemokraten, die in ihrem Entschluß frei und unabhängig sind, an einer solchen Veranstaltung nicht in Betracht kommt.

Parteipolitischer Rundblick

Der in Hamburg wegen angeblicher Untreue verhaftete Direktor der Gaswerke, Schumann, ist bereits nach drei Tagen wieder aus der Haft entlassen worden. Schumann ist übrigens nicht mehr Mitglied der Partei.

*

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Stadt Goldberg in Schlesien haben auf die Annahme ihrer Mandate verzichtet.

*

In Schweidnitz wurden 75 Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei aus den Wohnungen geholt und verprügelt. 25 wurden später ins Krankenhaus eingeliefert. Mehrere Sozialdemokraten ersuchten die Reichswehr um Schutz.

In Liegnitz wurden sämtliche Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei festgenommen und ins Braune Haus eingeliefert. Die Verhaftungen erstrecken sich auf einen Kreis von weit über hundert Personen. — Das Liegnitzer Volkshaus ist nach wie vor von SA. besetzt. Die Nationalsozialisten führen den Gaststättenbetrieb weiter.

Das Glogauer Friedrich-Ebert-Denkmal soll in ein nationales Denkmal umgewandelt und am 1. Mai neu enthüllt werden. Das Denkmal wird die Aufschrift erhalten: „Das Volk ist erwacht. — 21. März 1933."

*

In Bayern befinden sich nach einer amtlichen Verlautbarung zurzeit noch 3770 Personen in Schutzhaft. Von den 5400 Personen, die in Bayern insgesamt in Schutzhaft genommen wurden, sind in der Zeit vom 13. bis 19. April 1630 auf freien Fuß gesetzt worden; darunter befinden sich 730, deren Akten noch nicht abschließend geprüft worden sind.

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Bayrischen Landtags Ehrhard Auer, der vor wenigen Tagen in Haft genommen wurde, ist auf Anordnung des bayrischen Innenministers inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Allerdings muß sich Auer täglich bei der Polizei melden.

*

Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten in Avignon wurde eine Entschließung Paul Faure-Léon Blum angenommen, in der gefordert wird, daß die sozialistischen Parlamentarier in Zukunft unter keinen Umständen mehr das Budget einer bürgerlichen Regierung, die Militärkredite, die kolonialen Kredite und die geheimen Fonds bewilligen dürfen.

Der Abgeordnete Renaudel verlangte für die Mehrheit der Fraktion vollkommene Handlungsfreiheit. Die Mehrheit der Fraktion werde sich auch in Zukunft trotz aller anders lautenden Parteiresolutionen „selbst ihr Gesetz" geben.

Was wird aus der Parteipresse?

Diese Frage bewegt unsere Mitglieder in besonderm Maße. Trotz aller Bemühungen der zuständigen Stellen unserer Partei und der Verlage der betenenen Zeitungen war bisher aber noch keine Klärung zu erreichen. Als sicher kann lediglich gelten, daß die Parteipresse in der alten Form wohl nicht mehr erscheinen darf. Die im „Merkblatt" Nr. 5 unsern Mitgliedern zur Kenntnis gebrachten neuen Propaganda- und Presserichtlinien lassen eine deutliche Anlehnung an die faschistischen Pressegrundsätze Italiens und die bolschewistische Pressepraxis erkennen. Welche Möglichkeiten sich für die deutsche Presse überhaupt noch ergeben, wird sich erst genauer erkennen lassen, wenn das von der Regierung in Aussicht genommene Journalistengesetz bekannt ist.

In welcher Rihtung sich die Regelung des neuen Journalistenrechts bewegen wird, ergibt sich aus folgender Information, die uns aus Berlin zuging:

Am 30. April soll eine in Berlin stattfindende Delegiertenkonferenz des Reichsverbandes der Deutschen Presse über die Gleichschaltung in dieser Organisation entscheiden.

Ueber die Gleichschaltung selbst bestehen Unstimmigkeiten. Die Regierung wünscht den Ausschluß aller parteimäßig gebundenen Marxisten, anscheinend ohne Rücksicht darauf, daß diese Angehörigen des Verbandes ihrer Berufsorganisation jahrelang, in vielen Fällen zehn Jahre und länger, angehören, im Felde ihre Pflicht getan haben und dafür ausgezeichnet worden sind. Die jüdischen Mitglieder sollen im Reichsverband verbleiben, aber keine Aemter ausüben dürfen. Weiter gehen die Forderungen der nationalsozialistischen Verbandsangehörigen. Sie fordern auch den Ausschluß der Juden.

Die Umgruppierung im Reichsverband hat besondere Bedeutung. Man muß für die Zukunft mit einer Regelung rechnen, die jede Ausübung des Berufs des Redakteurs bzw. Journalisten von besonderen Bedingungen abhängig macht. Eine dieser Bedingungen dürfte die Mitgliedschaft im Reichsverband der Deutschen Presse sein.

Der Vorstand der Landesorganisation

K. Leistmann

1. Vorsitzender.

Auer & Co., Hamburg 36

1933

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD)
LANDESORGANISATION HAMBURG
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 405 73. BANKKONTO: BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN
FERNSPRECHER 34 55 21
HAMBURG 36, GROSSE THEATERSTRASSE 44

Hamburg, 27. April.

Organisations-Informationen für unsere Mitglieder

Parteigenossinnen und -genossen!

Am Mittwoch tagte in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches stark beschickte Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteivorsitzende Wels sprach über die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Nach mehrstündiger Debatte nahm die Konferenz einstimmig folgende Entschließung an:

„Dem Sozialismus und dem arbeitenden Volk zu dienen ist und bleibt die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die internationale Verpflechtung der kapitalistischen Welt mit all ihren Erscheinungen der Unterdrückung und Ausbeutung tritt heute klarer denn je zutage und rechtfertigt die Ueberzeugung, daß der Kampf gegen diesen Kapitalismus nur international geführt werden kann.

Die Sozialdemokratie beharrt bei der Ueberzeugung, daß es ohne geistige Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung einen wirklichen Sozialismus nicht gibt.

Gesinnungsloses Ueberläufertum verfällt mit Recht der allgemeinen Verachtung. Durch unerschütterliches Festhalten an ihren Grundsätzen und Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeit zu ihrer Betätigung dient die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Nation und dem Sozialismus."

Der Parteivorstand stellte der Reichskonferenz seine Aemter zur Verfügung. Als Parteivorsitzende wurden gewählt die Reichstagsabgeordneten Otto Wels und Hans Vogel, Mitglieder des Parteivorstandes sind ferner Aufhäuser, Böchel, Crummenerl, Dietrich, Hertz, Frau Juchacz, Künstler, Litke, Löbe, Frau Nemitz, Ollenhauer, Rinner, Frau Ryneck, Sollmann, Stahl, Stampfer, Stelling, Westphal.

Das Schicksal der Presse

Die Frage „Was wird aus der Arbeiterpresse?" wird in steigendem Maße von Mund zu Mund erörtert, ohne daß bisher eine über die unsern Mitgliedern bisher zugänglich gemachten Informationen hinausgehende Klärung erzielt werden konnte. Auch die verschiedenen Reden führender Nationalsozialisten, die in den letzten Tagen zur Pressefrage gehalten wurden, haben sich mit ganz allgemein gehaltenen Wendungen begnügt. Aufschlußreicher ist schon die praktische Pressepolitik, die mit der Ueberführung bisher demokratischer Organe ins Lager der offiziellen Regierungspolitik kurzerhand „fertige Tatsachen" schuf. Bekannt sind die Veränderungen bei dem ehemals demokratischen „Berliner Tageblatt", das zum Sprachrohr der Regierung gemacht worden ist; noch eindeutiger aber sind die Umwandlung des „Hamburger Anzeiger" und des linksbürgerlichen „Dortmunder Generalanzeiger" zu nationalsozialistischen Organen. Beim „Hamburger Anzeiger" mit seiner (bisherigen) täglichen Auflage von 160 000 Exemplaren ist ein nationalsozialistischer Hauptschriftleiter eingesetzt worden. Der Hamburger Gauleiter der NSDAP. hat den bisherigen Chefredakteur des nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatt", Herrn Jacobi, beauftragt, die Hauptschriftleitung des „Hamburger Anzeiger" zu übernehmen, und ihn ermächtigt, die notwendigen personellen Veränderungen im Redaktionsstab des „Hamburger Anzeiger" durchzuführen.

Aehnlich ist es mit dem „Dortmunder Generalanzeiger", der etwa 200 000 Abonnenten hatte, geschehen. Aus Anlaß eines zum Geburtstag des Reichskanzlers erschienenen Hitler-Bildes, das die Züge des Kanzlers entstellt wiedergegeben haben soll, wurde die Redaktion von SA.-Leuten besetzt. Inzwischen ist der ganze Betrieb in nationalsozialistische Hände übergegangen.

Auf etwa gleiche Weise wurde bei der bislang linksdemokratischen „Rhein-Ems-Zeitung" in Emden ein Redaktionswechsel vollzogen. Dort erschien am letzten Montag ein SA.-Trupp und forderte die Beurlaubung des bisherigen Hauptschriftleiters und eines weiteren Schriftleiters. Nach Verhandlungen wurde das zugestanden, und die Zeitung wird zunächst unter einem nationalsozialistischen Hauptschriftleiter weitergeführt werden.

Welche Wege die offizielle Regierungspolitik einschlagen wird, dürfte sich erst nach Fertigstellung des angekündigten Journalistengesetzes genauer feststellen lassen. Ein den Regierungskreisen nahestehendes Berliner Montagsblatt bringt folgende Ausführungen zu der Frage der Arbeiterpresse:

„Die Methoden, deren der Totalstaat sich bedient, um die Presse in den Dienst der von ihm verfolgten Volkserziehung zu stellen, sind verschieden. In Sowjetrußland hat man den Weg gewählt, die gesamte Presse einer strengen staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Die Italiener dagegen griffen zu dem Mittel, durch Zwangsorganisation der Journalisten die im Interesse des Staates notwendige Kontrolle über die Presse zu erreichen. Voraussetzung für diese volkserzieherische Arbeit der Presse im Interesse des Totalstaates und somit der Volksgemeinschaft ist aber die, daß es der Presse gelingt, weiteste Kreise des Volkes als Leserkreis zu erfassen. Wir stehen nun heute in Deutschland vor der Tatsache, daß ein großer Teil der Bevölkerung zur Zeit ohne jegliche Zeitung ist. Es genügt eine einfache Kontrolle, um in einem der großen Siedlungsblocks im Norden von Berlin festzustellen, daß von 300 bis 400 Partien heute vielleicht 30 bis 40 eine Zeitung lesen. Die Ursachen liegen zum Teil in der

Archiv der sozialen Demokratie
(Friedrich-Ebert-Stiftung)
Kölner Str. 149, 53 BN-Bad Godesberg

Arbeitslosigkeit, sie liegen zum andern Teil in dem Verbot der marxistischen Presse. Eine Anfrage beim Verband der Zeitungsverleger muß diese Tatsache bestätigen, denn die Auflagesteigerung der heute erscheinenden Zeitungen entspricht durchaus nicht der Gesamtauflage der verbotenen Blätter. Selbstverständlich ist man sich auch in Regierungskreisen darüber im klaren, und vor allen Dingen der überaus kluge und weitsichtige Propagandaminister Dr. Goebbels ist sich der Notwendigkeit bewußt, die erzieherische Arbeit der Presse gerade auf diejenigen Volksschichten auszudehnen, auf die die Idee der nationalen Erhebung erst jetzt in vollem Maße ihre Wirkung ausüben soll. Der Rundfunk ist heute zwar ein sehr wichtiges und außerordentlich wirksames Volkserziehungsmittel, aber er ist selbstverständlich nicht in der Lage, die volkserzieherische Leistung der Presse vollkommen zu ersetzen. Im Propagandaministerium beschäftigt man sich deshalb bereits seit längerer Zeit mit der Frage der Schaffung großer Arbeiterblätter, wie sie beispielsweise im faschistischen Italien seit langen Jahren existieren. Der naheliegende Plan ist wohl der, im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Gewerkschaften und deren Eingliederung in den neuen nationalen Staat zugleich das Problem der Arbeiterpresse in Angriff zu nehmen."

Hierzu ist auf Grund der uns zugegangenen Informationen zu sagen: Eine Aussicht dafür, daß die nunmehr seit acht Wochen fast restlos verbotene sozialdemokratische Presse unter der Regierung Hitler wird wieder erscheinen können, ist nicht vorhanden. In einigen kleinen Ländern dürfen zwar von den sozialdemokratischen Verlagen noch Blätter herausgegeben werden. Aber auch sie stehen entweder unter Vorzensur oder sie sind gehalten, jeden Anschein, als ob sie sozialdemokratische Zeitungen wären, zu vermeiden. Blätter mit eindeutiger sozialdemokratischer Tendenz gibt es in Deutschland nicht mehr und wird es nach den Erklärungen, die wir insbesondere in den letzten Tagen aus dem Munde berufener Nationalsozialisten gehört haben, unter der Regierung Adolf Hitlers nie mehr geben. Anderseits ist man sich nach unsern Informationen in Regierungskreisen darüber im klaren, daß die bisherigen Abonnenten sozialdemokratischer Blätter kaum geneigt sein werden, ohne weiteres die nationalsozialistische Presse zu abonnieren. Man erwägt deshalb tatsächlich die Herausgabe von Zeitungen, die in erster Linie für die Arbeiterschaft geschrieben sind. Allerdings scheint über die Form, wie das geschehen soll, im Augenblick noch keine Klarheit zu herrschen.

Während die Pressefragen in der Oeffentlichkeit nur sehr zurückhaltend erörtert werden und oppositionelle Aeußerungen gegen das neue System in der bürgerlichen Welt fast restlos verstummt sind, ist plötzlich in der letzten Woche eine hochpolitische Diskussion ausgebrochen, die sich um

das Schicksal der Deutschnationalen

dreht und das größte Interesse auch unserer Genossen beansprucht. Diese Diskussion, in der sogar einige allerdings sehr gemäßigte polemische Töne zu finden sind, geht von der Deutschnationalen Volkspartei aus und läßt darauf schließen, wie stark man im deutschnationalen Lager die überwältigende Macht des nationalsozialistischen Bundesgenossen und seine Machtverankerung empfindet.

Der Führer der Deutschnationalen, Reichsminister Hugenberg, veröffentlichte eine Erklärung, die sich mit solchen und ähnlichen Stimmungen beschäftigt. Diese Erklärung dementiert Gerüchte, daß die deutschnationalen Mitglieder der Reichsregierung bald ausscheiden würden. Sie bekräftigt das Dementi durch einen Hinweis auf die Bestätigung der Reicksregierung durch den Reichspräsidenten und durch die Erinnerung daran, daß das Ermächtigungsgesetz als Grundlage der Gesetzgebung durch die Reichsregierung an das Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung geknüpft sei. Mit diesem Hinweis hat Hugenberg eine Interpretation der Bedingung des Ermächtigungsgesetzes gegeben, deren Bedeutung und Auslegung in den Kreisen von Staatsrechtlern bisher noch strittig geblieben ist. Es sind seinerzeit auch Gründe dafür angeführt worden, daß ein Weiterbestehen der „gegenwärtigen" Reichsregierung auch beim Ausscheiden einzelner Minister gegeben sei, wenn der durch die Führung Hitlers gegebene Charakter erhalten bleibe. Einer solchen Auslegung schließt sich also der Führer der Deutschnationalen nicht an.

Hugenbergs Erklärung wendet sich weiter gegen Umbildungen in wirtschaftlichen Verbänden unter dem Druck von außen. Das läßt erkennen, wie stark sich deutschnationale Kreise dabei beeinträchtigt fühlen. Hugenberg verweist darauf, daß gewaltsame Eingriffe wohl den Tatbestand, nicht aber den Rechtszustand ändern könnten. Daraus spürt man die deutschnationale Sehnsucht, im Hinblick auf solche Verbände die nationale Revolution abzuschließen; denn bei revolutionären Bewegungen liegt für gewöhnlich das Hauptmerkmal darin, daß neue Tatbestände geschaffen werden, aus denen sich dann neue Rechtszustände ergeben. Die Gleichschaltung Bayerns hat dafür ein interessantes Beispiel geboten.

Zum Schluß unterstreicht Hugenbergs Erklärung sehr energisch das Recht von Beamten, sich deutschnational zu betätigen und zu organisieren. Damit ist die Frage, ob es neben der NSDAP. noch andere Parteien in Zukunft geben soll, eindeutig beantwortet. Reichsminister Hugenberg bejaht die Frage, soweit die DNVP. dabei in Betracht kommt. Es hat sich aber nicht vermeiden lassen, daß er dabei zu erkennen gegeben hat, daß nicht nur bei andern Parteien, sondern auch bei der deutschnationalen Regierungspartei hier tatsächlich eine Frage vorliegt.

Das wird noch klarer, wenn man sich vor Augen hält, daß Zeitungen, die Hugenberg nahe stehen, darübr fast leidenschaftlich diskutieren. So wendet sich die „Münchener-Augsburger Abendzeitung" gegen das faschistische Ausschließlichkeitsprinzip nach italienischem Muster. Sie polemisiert gegen den Satz der Deutschen Bergwerks-Zeitung, „daß politische Parteien samt und sonders überlebt wären". Sie nennt es einen verhängnisvollen Irrtum, wenn man Parteien, wie die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, mit Weltanschauungsparteien in einen Topf werfe. Sie nimmt auch für kleinere Gebilde als die NSDAP. das Recht der Weltanschauungspartei in Anspruch, mit einem Wort, sie kämpft um die Existenz der DNVP. als Weltanschauungspartei.

Eine Ueberraschung bedeutet

der Beschluß der Deutschen Volkspartei

sich nicht aufzulösen. In der Sitzung des Zentralvorstandes der Volkspartei ist die beantragte Auflösung mit 80 : 74 Stimmen abgelehnt worden. Die recht starke Minderheit will jetzt von sich aus die Konsequenzen ziehen und die Auflösung der Volkspartei örtlich und bezirklich beschließen lassen. Praktisch ist die Volkspartei als Organisation erledigt. Das Gros ihrer einstigen Mitglieder gehört

MAIFEIER

Und raubt man uns den alten Brauch,
Dein Licht, wer kann es rauben!

In seiner schönen Kantate von der ersten Walpurgisnacht hat Goethe dargestellt, wie das vordringende Christentum den Naturkult der alten Germanen überwand und wie die Germanen, im besonderen ihre Druiden (heute würde man von Bonzen sprechen), mit List ihre Maifeier zu retten trachteten. Heute befindet sich in der Lage der alten Germanen die Sozialdemokratie. Sie hat inbrünstig den Glauben an ein kommendes edles Menschentum gehegt, sie lebte und atmete im Geiste der großen deutschen Denker und Dichter. Sie bewahrheitete das Wort von Friedrich Engels, der als die Ahnherren des Sozialismus nicht nur die großen Utopisten Frankreichs und Englands nannte, sondern mit Stolz die Abstammung auch von der klassischen deutschen Philosophie bekannte. Alle Menschen gleich geboren sind ein adliges Geschlecht — in diesem Bekenntnis lebte und webte die sozialistische Idee, die im Maifest ihren herrlichen Ausdruck fand. Und das alles soll mit einem Male vorbei sein?

Ein Blutbad, wie der Frankenkönig Karl es im Jahre 782 an der Aller zur höheren Feier des Sieges der christlichen Waffen veranstaltete, hat allerdings die deutsche Sozialdemokratie nicht über sich ergehen lassen müssen. Wer kann sagen, was geworden wäre, wenn sie mit ganzer Kraft sich der neuen Gewalt entgegengesetzt, mit bloßen Fäusten sich gewehrt hätte? Einst war die Maifestidee als die stolze Demonstration gegen das Kapitalsregiment ausgerufen worden, einst war der Wille der Millionen emporgeschnellt und hatte sich straff den alten Gewalten entgegengesetzt; es fehlte auch nicht, besonders in Hamburg nicht, an umfassenden und langwierigen Kämpfen, in denen Arbeitermassen ihre ganze Existenz einsetzten. Wie bitter für alle Bekenner, wenn sie jetzt das Bekenntnis für sich behalten, stumm bleiben müssen. Stumm sich fügen, weil die ungeheure Arbeitslosigkeit die naturgegebene Waffe stumpf gemacht hat.

Groß und erhaben bleibt die Idee, wenn sie auch, wie einst der Naturkult der Germanen, sich verbergen muß! Die neue in Deutschland herrschende Gewalt hat gerade deswegen sich der Idee bemächtigt, will sie ihren eigentlichen Trägern entwinden und umstülpen, will ihre weltweite Fassung in die Enge einer Nation hineinpressen, weil diese Gewalt sich bewußt ist, daß die Mai-Idee als helles Licht in die Finsternis der Zeiten leuchtete und als Hoffnungsfunke in den Millionen der Unterdrückten glühte.

Werden die Maipostulate nun hinfällig? Ihre Bekenner haben erlebt, daß die erste Forderung, der Achtstundentag, Tat und Wahrheit wurde. Und wie ist die Forderung vorher bekämpft und verhöhnt worden! Kann der Sieg der einen Forderung, die am ersten Maifest 1890 als einzige verkündet wurde, nicht die Ueberzeugung nähren, daß auch die später zugefügten Forderungen — politische Macht für die Arbeiterklasse, Weltenfriede — zur Erfüllung kommen werden? Das Maifest hat ursprünglich internationalen Charakter. Die Sozialdemokratie ging von der Erkenntnis aus, daß die kapitalistische Wirtschaft das Volk in Klassen zerrissen und zerklüftet hat und daß, den weltwirtschaftlichen Verflechtungen des kapitalistischen Systems entsprechend, in allen Ländern diese gleiche Zerklüftung bestehe; eine Zerklüftung, die zur furchtbaren Gefahr für die gesamte Menschheit wurde, weil die Gegensätze ins Weltweite wuchsen und Katastrophen, wie zuletzt den Weltkrieg, auslösten. Von dieser Erkenntnis ausgehend, richtete die Sozialdemokratie an die Arbeiterklasse aller Länder ihren Ruf zur Vereinigung; sie stellte der Arbeiterklasse jedes Landes die Aufgabe, die Nation mit einem neuen Geiste zu erfüllen, und die Nationen neuen Geistes sollten die Völkerfamilie bilden. International geführter Klassenkampf sollte durch den kapitalistischen Wall die Pforte brechen, den Ausgang schaffen auf eine freie Erde, auf der eine brüderlich geeinte Menschheit ihr Glück findet.

Nicht um des Kampfes willen führte die Sozialdemokratie den Klassenkampf, Aufhebung der Klassen sollte sein Ziel sein — und damit endet von selbst der Klassenkampf. Die neue Beherrscherin Deutschlands setzt das Ziel an den Anfang: sie gibt dem 1. Mai als Inhalt das Bekenntnis zur Einigung der Nation, und sie erwartet wohl, daß ihr Beispiel Nachfolge findet.

Die Nation auszulöschen war keineswegs der Sinn der internationalen Maifeier; im Gegenteil. Die sozialistische Internationale erstrebt eine politische Ordnung der Welt, in der jedem Volk nach seinem Bedürfnis der Zugang zu den natürlichen Reichtümern offen steht, Reichtümer, die jetzt Monopol von Herrschaftsvölkern sind. Nicht Unterdrückung der Nation, sondern die Herausbildung der natürlichen Anlagen eines jeden Volkes zur Vollkommenheit und die Einigung der Völker zu einer großen Familie: das ist der Sinn unserer Maiforderungen. Aber wir müssen im Augenblick die Einengung der Feier, ihre sozusagen Nationalisierung hinnehmen. Wir haben gläubig den höchsten Idealen gedient, für die die Geistesgrößen des deutschen Volkes geworben haben; wir handelten aber nicht nur als Erben unserer Denker und Dichter, sondern wir gründeten das hohe Ideal auch auf die kühle Ueberlegung, die uns sagt, daß die Weltverflechtung der Wirtschaft es Deutschland unmöglich mache, als eine sozialistische Insel im kapitalistischen Meer zu bestehen. Niemand kann erwarten, daß wir unsere Ideale und Einsichten zu den

Archiv der sozialen Demokratie
(Friedrich-Ebert-Stiftung)
Kölner Str. 149, 53 BN-Bad Godesberg

Akten geben, es wird vielmehr jeder ehrliche Anhänger des nationalen Einigungsstrebens dem ehrlichen Sozialisten die Prüfung des Neuen zugestehen müssen, Prüfung, die endgültig nur aus der Erfahrung quillt. Das Fest der nationalen Einigung wird seine Feuerprobe bestehen müssen im Alltag. Heute drängen sich uns Erfahrungen aus der Geschichte auf; wir nennen nur die eine aus der großen französischen Revolution, in der so recht eigentlich die Nation geboren wurde. Patriot, das war die Bezeichnung des revolutionären Kämpfers, der für die Uebergabe der Herrenländereien an die Bauern eintrat. In diesem Zeichen vollzog sich die Einigung der Nation, und der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit flog den französischen Fahnen über den Rhein voraus und bereitete ihre Siege. Wird der Nationalsozialismus Aehnliches leisten? Wird er wie einst die französiche Revolution die Hand an Eigentumsvorrechte legen und solchergestalt seine soziale Sendung erhärten? Aber dann wird es ihm ergehen wie der revolutionären französischen Nation, gegen die der Emigrantenadel sich erhob und von Koblenz aus gegen die Nation intrigierte. Es könnte dem Nationalsozialismus, wenn er wirkliche sozialistische Taten leistet, ein Aehnliches passieren; und wie steht es dann um die Einheit der Nation, wenn etwa von Liechtenstein das Anathema erklingt?

Die Sozialdemokratie hat seit dem ersten internationalen Maifest lange warten müssen, bis die pressende Not die Verwirklichung ihrer ersten Forderung erzwang. Sie kann warten, bis die Zeit sich als Probierstein auf den Goldgehalt des nationalen Sozialismus bewährt hat. Es ist noch nicht aller Tage Abend!

Wir ehren die Nation, die Jaurès genannt hat das Schatzkästlein des menschlichen Geistes. Aber wir wollen die Nation weiterführen, als Ideal einer menschlichen Gesellschaft erscheint uns nicht ein Zustand, in dem kampfbegierige Völker sich gegenüberstehen. Sondern das Ziel, dem jeder Kampf, jedes edle Streben gilt, muß sein die Versöhnung der Menschheit, die Schaffung einer auf der Grundlage des Gemeinbesitzes an den großen Arbeitsmitteln in Harmonie geeinten Nation und die Verbindung aller Nationen zu einer einzigen großen Familie. Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, das ist das göttliche Gebot, dem wir dienen. Ist es uns unmöglich gemacht, jetzt im Augenblick auf den Plan zu treten und im Vielmillionenschrei unser Bekenntnis in die Welt zu rufen, so wird doch die Brust eines jeden Sozialisten unsere Sendung hegen — und ein Tag wird kommen, an dem die Menschheit segnet, daß wir nicht unsern Glauben verloren.

Es lebe der menschheitserlösende Sozialismus, es lebe der 1. Mai!

Lohnzahlung und 1. Mai

Der Reichsminister des Innern hat für den 1. Mai eine Verordnung über die Lohnzahlung erlassen. Nach dieser Verordnung vom 20. April wird die infolge des Feiertags der nationalen Arbeit ausfallende Arbeitszeit bezahlt, und zwar soweit Tarifverträge die Bezahlung ausfallender Arbeitszeiten an Wochenfeiertagen vorsehen, nach den Bestimmungen der Tarifverträge. Im übrigen ist der regelmäßige Arbeitsverdienst für die ausfallende Arbeitszeit zu zahlen.

*

Die Bestimmungen der Reichsregierung über die Teilnahme an der Feier der nationalen Arbeit werden in den einzelnen Bezirken verschieden ausgelegt.

Der Ausschuß zur Durchführung des Feiertags der nationalen Arbeit in Osnabrück veröffentlicht zum Beispiel in den Tageszeitungen einen Aufruf, in dem es heißt, daß „marxistische Gewerkschaften und Organisationen von der Teilnahme ausgeschlossen sind". In Hamburg haben die maßgebenden Stellen angeordnet, daß die Teilnahme der freien Gewerkschaften nicht in Frage komme und daß man auch eine geschlossene Beteiligung von Belegschaftsmitgliedern, die sich als Angehörige der freien Gewerkschaften kenntlich machen, nicht gestatten könne. In Berlin wiederum finden zur gleichen Zeit, wo in den Betrieben die angesetzte Flaggenhissung erfolgen soll, katholische und evangelische Gottesdienste statt. Die Belegschaftsmitglieder, die das Bedürfnis haben, am Tage der nationalen Arbeit einen Gottesdienst zu besuchen, können also der Flaggenhissung nicht beiwohnen. Die Gewerkschaften haben die Leitung der Feier davon in Kenntnis gesetzt und bei ihr Verständnis gefunden. Nach dem Berliner Beispiel dürfte man wohl auch anderswo mit Rücksicht auf die krichlichen Veranstaltungen auf vollzähliges Erscheinen der Belegschaft bei der Flaggenhissung verzichten.

*

Der 1. Mai wird auch im Saargebiet gefeiert. Die Regierungskommission hat es zwar abgelehnt, den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit" zu bestimmen, weil vor einem solchen Beschluß der Studienausschuß und Landesrat gehört werden müßten, ohne daß dazu die Zeit ausreicht. Aber die Regierungskommission wird anordnen, daß in den staatlichen Betrieben die Arbeit ruht. In den kommunalen Betrieben arbeiten nur lebenswichtige Abteilungen. Der Kleinhandel hat ebenfalls Arbeitsruhe beschlossen.

Das Gängeviertel soll saniert werden

Der Hamburger Polizeisenator Richter ist zum Staatskommissar für die Sanierung des Gängeviertels ernannt worden. Er hat den Auftrag, alle Maßnahmen zu treffen, die für die Durchführung der Sanierung erforderlich sind. Die beteiligten Behörden sind verpflichtet, seinen Weisungen zu folgen. Die Durchführung des Sanierungsplans ist so gedacht, daß zunächst alle baufälligen und verwahrlosten Häuser, die von den Eigentümern freiwillig zum Abbruch angeboten werden, abgerissen werden. Bei der Weiterführung der Abbruchsarbeit in bisher noch bewohnten Häusern sollen notfalls auch Enteignungen vorgenommen werden. Das Gebiet des Gängeviertels soll dann besiedelt werden mit Wohnbauten und kleinen Läden. Kontorhäuser sind nicht geplant. Der Abbruch kann natürlich erst beginnen, wenn die Bewohner des Gängeviertels anderweitig untergebracht sind. Insgesamt werden von der Sanierung etwa 12 000 Personen betroffen. Es wird amtlich mitgeteilt, daß der Abbruch ohne große Belastung des Staatshaushalts durchgeführt werden soll. Die Abbruchsarbeiten sollen von Pflichtarbeitern auf Grund der erwarteten Gesetzgebung über den Arbeitsdienst ausgeführt werden. Die Neubesiedlung soll auf privatwirtschaftlicher Grundlage erfolgen.

*

Das Hamburger Gängeviertel ist eines der traurigsten Erbstücke, das das Vorkriegs-Hamburg dem Nachkriegs-Hamburg überliefert hat. Es ist aber nicht das einzige traurige Erbe. Mag die Baupolitik der herrschenden Schichten der Vorkriegszeit im Gängeviertel seinen sichtbarsten Ausdruck finden, die Anlage anderer dichtbevölkerter Stadtteile ist eine mindestens so starke Anklage. Trotzdem ist natürlich die Sanierung des Gängeviertels eine vordringliche Aufgabe. Ihre Lösung scheiterte in den Jahren nach dem Kriege an der Unmöglichkeit, die nicht geringen Kosten für Abbruch und Neubesiedlung aufzubringen. Wie die gegenwärtigen Machthaber die Finanzierung vornehmen wollen, ist einstweilen noch völlig unklar. Jedenfalls darf man annehmen, daß die Durchführung des Plans erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Das auch darum, weil die Unterbringung der jetzigen Bewohner des Gängeviertels sehr erhebliche Schwierigkeiten machen wird.

Was geht in Oesterreich vor?

Auch in Oesterreich befindet sich die politische Entwicklung vollkommen in Fluß. Wohin Oesterreich politisch steuert, läßt sich heute noch nicht sagen. Die gegenwärtige Regierung Dollfuß entspricht etwa der Papen- und Schleicher-Periode in Deutschland. Nur mit dem Unterschied, daß die Regierung Dollfuß sich die Erfahrungen Papens und Schleichers zunutze macht. Sie versucht nicht nur ein Gewaltregiment zu begründen und zu erhalten, sondern für dieses Gewaltregiment auch Kampfverbände wie die Heimwehr als Stützpunkt zu benutzen. Es herrscht in Oesterreich gegenwärtig die alte Reaktion, die in ihren politischen Zielsetzungen etwa den Deutschnationalen, den Kreisen um Papen und dem Stahlhelm entspricht. Sinn der Kampfmaßnahmen, die sich insbesondere gegen den Marxismus richten, die teilweise aber auch die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich treffen, ist offenbar der Nachweis, daß die Begründung einer autoritären Staatsführung und die Vernichtung des Marxismus nicht an eine Herrschaft der Nationalsozialisten mit all ihren Folgen, auch zuungunsten der alten Reaktion, gebunden sei, sondern daß die alte Reaktion eine solche Politik selbst, also ohne Mithilfe der Nationalsozialisten, machen könne. Man sieht an der deutschen Entwicklung, daß ein politisches Bündnis der alten Reaktion mit dem Nationalsozialismus als der Massenbewegung der neuen Reaktion mit einiger Zwangsläufigkeit zur politischen Ausschaltung der alten Reaktion führt. Das will man offenbar in Oesterreich verhindern. Ob es gelingt, muß zwar zweifelhaft erscheinen, ist aber noch eine durchaus offene Frage.

Gegenüber dieser Entwicklung interessiert uns zunächst

die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie

Wir denken an die Tatsache, daß die sozialistische Bewegung in Oesterreich ihre Einheit bewahren konnte. Es gibt keine Kommunistische Partei. Die Spaltung konnte verhindert werden, da zu Beginn des Krieges die österreichische Sozialdemokratie nicht vor die Entscheidung über die Frage der Bewilligung von Kriegskrediten gestellt worden ist, was bekanntlich in Deutschland der äußere Anlaß zur Spaltung gewesen ist. In allen Jahren nachher hat die österreichische Sozialdemokratie dann eine Taktik verfolgt, die die Einheit wahrte. Sie hat nur in den ersten Nachkriegsjahren in Oesterreich politische Veranwortung im Staate getragen, ist seither aber unentwegt Oppositionspartei gewesen. Darüber hinaus konnte sie in Wien eine grandiose sozialistische Kommunalpolitik durchführen, gestützt auf eine gewaltige Mehrheit der Wiener Bevölkerung. Alle diese Umstände führen in unsern Kreisen oft zu der Ueberlegung und Ueberzeugung, daß die Gefahr einer faschistischen Entwicklung in Oesterreich geringer sei oder jedenfalls mit mehr Aussicht auf Erfolg durch die Sozialgemokratie gebannt werden könne.

Ohne daß man heute Abschließendes über den Erfolg der andern politischen Taktik der österreichischen Sozialdemokratie während der letzten 14 Jahre sagen kann, liegen doch schon eine Reihe von Anzeichen vor, die eine

Gleichschaltung Oesterreichs mit Deutschland wahrscheinlich

machen, ohne daß die Tatsache der politisch und psychologisch günstigeren Position der österreichischen Sozialdemokratie das mit Erfolg wird verhindern können. Die Regierung Dollfuß hat das österreichische Parlament ausgeschaltet, sie hat Demonstrationen am 1. Mai verboten, sie hat Streiks verboten, sie knebelt die sozialistische Presse, sie treibt offenen Verfassungsbruch. Alles das sind Maßnahmen, die sich gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung richten. Aber diese überwiegende Mehrheit steht teils im Lager des wahren Sozialismus, teils im Lager der Nationalsozialisten. Die österreichische Sozialdemokratie hat auf alle diese Gewaltmaßnahmen nicht anders reagieren können, als die deutsche Sozialdemokratie es getan hat und tun konnte. Sie mußte die Gewaltakte hinnehmen, zu denen auch das Verbot des Republikanischen Schutzbundes, der rein sozialdemokratischen Wehrorganisation, gehört.

Damit sind für die österreichische Sozialdemokratie innere Belastungen entstanden, die Auseinandersetzungen herbeiführten, wie wir sie in unserer Partei in der Aera Papen und Schleicher genau so erlebt haben. Damals glaubten wir noch aussprechen zu können, Deutschland sei nicht Italien. Bis jetzt ist die Entwicklung gegenteilig verlaufen. Als die Nationalsozialisten in Deutschland ans Ruder kamen, rief Otto Bauer in Oesterreich aus: Oesterreich ist nicht Deutschland! Die politische Entwicklung ist leider auch da bisher gegenteilig verlaufen. Die innere Situation in der österreichischen Sozialdemokratie wurde deutlich auf einem Parteitag, der Ostern in Wien stattgefunden hat. Im Gegensatz zu der früheren Erklärung Bauers, daß Oesterreich nicht Deutschland sei, wies jetzt Danneberg, der vor Unklugheiten, vor dem Generalstreik und der aktiven Abwehr warnte, bevor nicht das Aeußerste an Entgegenkommen versucht sei, darauf hin, daß die italienische und die deutsche sozialistische Front nicht mehr beständen. Jeder müsse verstehen, daß unter diesen Umständen ein so kleiner Frontabschnitt wie der österreichische bei aller Tapferkeit und Begeisterung der Truppen unter Umständen ein Stück zurückgenommen werden müsse. Oesterreich durchlebe jetzt bange Wochen einer Uebergangszeit, von der man nicht genau sagen könne, wohin sie endgültig führe. — Nicht weniger als 40 Vertreter aus dem Lande gaben dann Kunde von der großen Enttäuschung in der Parteigenossenschaft. Von der Partei wurde ein Kommando gefordert. Man dürfe den Massen jetzt nicht Geduld predigen. Durch die lange Geduld seien in Deutschland zwölf Millionen Proletarier an die Wand gedrückt worden. Der österreichische Arbeiter fürchte, daß es in Oesterreich genau so beginne. Renner antwortete darauf, man müsse nach einem Ausweg suchen, der das Aeußerste hinausschiebe, bis die Situation günstiger sei. Als die Parteiführung abermals angegriffen wurde, erklärte Otto Bauer, Aufgabe des Feldherrn sei es, erst dann loszuschlagen, wenn er siegen könne. Die Aussichten auf eine friedliche Entwicklung hätten sich vermindert. Es werde wahrscheinlich nichts anderes übrigbleiben, als die Entscheidungsschlacht zu wagen, wolle man nicht kampflos dem Faschismus erliegen. Man dürfe den Führern nicht Zwiespältigkeit der Sprache vorwerfen, weil sie nicht leichtsinnig in den Kampf zögen. Abschluß dieser Auseinandersetzung war der Aufruf zum 1. Mai, der eine gewaltige Kundgebung gegen den Faschismus werden müsse.

Archiv der sozialen Demokratie
(Friedrich-Ebert-Stiftung)
ner Str. 149, 53 BN-Bad Godesberg

Nachher sind dann Demonstrationen am 1. Mai verboten worden.

Es zeigt sich also trotz des verschiedenen taktischen Weges in Oesterreich und Deutschland eine weitgehende Uebereinstimmung in der Haltung der österreichischen Parteiführung wie in der Haltung der österreichischen Parteigenossenschaft. Es ist die klar erkannte Machtlage, die in Deutschland in den kritischen Wochen zu einer politischen Zurückhaltung führte, die tiefgehende Unzufriedenheit auslöste. Das gleiche ist von Oesterreich festzustellen.

Einstweilen bleibt uns nichts anderes übrig als eine aufmerksame Beobachtung der österreichischen Entwicklung. Eine entscheidende Lehre aber kann und darf schon jetzt gezogen werden: Es ist falsch, wenn die politische Entwicklung in Deutschland oder in Oesterreich abgeleitet wird von dem prinzipiellen oder taktischen politischen Weg, den die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit gegangen ist. Das heißt nicht, daß nicht Fehler gemacht worden seien. Das heißt „nur", daß die faschistische Entwicklung in erster Linie erklärt werden muß aus den gewaltigen gesellschaftlichen und seelischen Umwälzungen, die durch die kapitalistische Wirtschaftskrise ausgelöst worden sind. Diese Krise hat ungeheure Massen, die bisher politisch unbewegt waren und die in ihrem absoluten Indifferentismus den Kapitalismus politisch und auch wirtschaftlich stützten, in Bewegung gebracht. Sie hat in diesen Menschen zunächst nur eine kümmerliche, aber erste Bereitschaft zu einer Abkehr von der bisherigen seelischen und politischen Haltung erzeugt. Diese Menschen sind zwar wirtschaftlich proletarisiert, aber nicht geistig. Sie waren für die Sozialdemokratie selbst bei unterschiedlichster grundsätzlicher und taktischer Haltung noch nicht zu gewinnen. Diese Massen bilden darum das Reservoir für den Nationalsozialismus, der ursprünglich als Kampfbewegung kapitalistischer Reaktion auftrat, der aber selbst einer inneren Umwandlung unter dem Zwang der Massen unterliegt, deren Richtung und Ziel noch nicht abzusehen ist. Wir stehen noch mittendrin in diesem Prozeß. Er stellt an uns die unerhörte Anforderung zu einer organisatorischen und geistigen Einstellung auf die weltgeschichtlichen Umwandlungen, deren unmittelbare Zeugen wir sind.

*

In Oesterreich ist zwischen der NSDAP. und dem steierischen Heimatschutz ein Bündnis zustande gekommen, in dem der Heimatschutz erklärt: „Unter voller Wahrung seiner organisatorischen Selbständigkeit bekennt sich der Deutsch-Oesterreichische Heimatschutz zu Adolf Hitler als dem Führer der deutschen Nation."

Der französische Parteitag

Der Osterkongreß der französischen Sozialisten zeigte die alten Gegensätze der Partei in verschärfter Form. Die Mehrheit der Fraktion unter Führung von Renaudel nimmt seit Jahren eine opportunistische Haltung ein, erklärt sich unter gewissen Voraussetzungen zum Beitritt in die Regierung oder zu ihrer Unterstützung bereit und ist gewillt, den Haushalt und Militärausgaben zu bewilligen. Die Mehrheit der Parteidelegierten und der Mitglieder unter Führung von Paul Faure und Zyromski lehnt jede Regierungsbeteiligung ab, steht auf dem Standpunkt des ungeschwächten Klassenkampfes und verlangt strenge Trennungslinie zwischen Opposition und Regierung. Leon Blum, der Fraktionsvorsitzende, neigt mehr zum linken Flügel, nimmt aber in den Streitigkeiten eine vermittelnde Stellung ein.

Die alten Gegensätze platzten auch diesmal aufeinander, weil der Flügel Renaudel mit 90 Abgeordneten bei den letzten Abstimmungen in der Kammer den Haushalt, die Rüstungsausgaben und geheime Fonds bewilligt hatten. Abgelehnt wurden diese Positionen von nur 10 sozialistischen Abgeordneten, während sich 29 der Stimmenabgabe enthielten. Der Parteitag zeigte auch diesmal wieder die entgegengesetzte Mehrheit, nämlich 2807 Stimmen für die Richtung Paul Faure, 925 für Renaudel, 331 Stimmen waren zersplittert. Wenn es trotzdem weder zu einer Unterwerfung der Fraktionsmehrheit noch zu einer Trennung der Partei kam, so ist das auf die besonderen Verhältnisse in Frankreich zurückzuführen, wo die Zahl der organisierten Parteimitglieder verschwindend ist im Verhältnis zur Zahl der sozialistischen Wähler. Der Abgeordnete kann sich also im höheren Grade auf die Stimmung und den Willen der Wähler berufen als auf den Willen der organisierten Parteimitglieder, und das scheint bei der Richtung Renaudel auch diesmal zu geschehen. Wie es heißt, soll anläßlich eines neuen Parteitages während der Pfingstfeiertage eine Lösung der Widersprüche gesucht werden.

Erklärung der saarländischen Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Saarbrücken veröffentlicht (laut „Berliner Tageblatt" vom 20. April) eine Erklärung der SPD. des Saargebietes, in der es heißt:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets sieht sich veranlaßt, angesichts verschiedener Angriffe erneut zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für die restlose Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland eintritt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets weist jeden Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Partei aufs entschiedenste zurück.

Kein Ausschluß aus der Gewerkschaftsinternationale

Die Meldung, daß die Gewerkschaftsinternationale den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wegen „Verrats am Klassenkampf" aus ihren Reihen ausgeschlossen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Gewerkschaftsinternationale hat einen derartigen Beschluß nicht gefaßt.

Die irreführende, von Amsterdam ausgehende Meldung ist auf eine Konferenz von Vertrauensleuten der holländischen Gewerkschaften in Amsterdam zurückzuführen. Darin heißt es zunächst, daß die Führung des ADGB. der faschistischen Diktaturregierung Hitler ihre Zusammenarbeit angeboten und vorgeschlagen habe, den deutschen Gewerkschaftsbund dem faschistischen Staat einzuverleiben, und daß der ADGB. nicht an der Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilgenommen habe, ohne daß hierfür ein rechtsgültiger Beschluß der Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung vorgelegen hätte.

Dem ADGB. wird in der Entschließung ferner vorgeworfen, daß er den Klassenkampf abgeschworen habe, daß er den Willen von zwölf Millionen Arbeitern, die sozialdemokratisch und kommunistisch gewählt hätten, mit Füßen trete, und daß es deshalb die selbstverständliche Pflicht aller Anhänger der holländischen Gewerkschaften wäre, gegenüber dem ADGB. eine ablehnende Stellung einzunehmen. Schließlich wird noch von dem Vorstand der holländischen Gewerkschaften gefordert, daß er die Beziehungen zum ADGB abbricht.

Die Tendenz der Entschließung läßt deutlich erkennen, daß ihre intellektuellen Urheber unter den Kommunisten zu suchen sind.

*

Die Meldungen, daß die Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart und Graßmann, im Mai von sich aus ihre Aemter zur Verfügung stellen würden, sind falsch. Auch die Meldung, daß Graßmann sein Mandat als sozialdemokratischer Reichtagsabgeordneter niederzulegen beabsichtigt, entspricht nicht den Tatsachen.

„Säuberung" auf den Universitäten

Auf Anordnung des preußischen Kultusministers wurden von der Universtät Frankfurt 19 jüdische bzw. linksgerichtete Professoren beurlaubt, von der Universität Marburg zwei und von der Universität Göttingen sechs.

In Kiel hat die Studentenschaft den Rektor aufgefordert, 28 namentlich aufgeführte Professoren zu veranlassen, um ihre Beurlaubung zu bitten. Dabei ist den Studenten ein Mißgeschick unterlaufen: Unter den als mißliebig bezeichnten Professoren befindet sich auch der Generalmusikdirektor Prof. Dr. Stein, der vom nationalsozialistischen Kampfbund für deutsche Kultur mit besonderen Aufgaben betraut worden ist.

Der weltbekannte Berliner Professor Spranger hat den preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gebeten, ihn von den Pflichten eines ordentlichen Professors der Philosophie und Pädagogik an der Universität Berlin zu entbinden.

Auf Anregung der Deutschen Studentenschaft wurde in den Büchereien und Leihbüchereien der Kieler Universität eine Durchsuchung nach „unzüchtigen und gegen die nationalen Gefühle der Bevölkerung verstoßenden Büchern" vorgenommen. Insgesamt wurden etwa 2000 Bücher beschlagnahmt, die öffentlich verbrannt werden sollen. Die Beschlagnahme erfolgte im Rahmen der Aktion „Wider den undeutschen Geist", die von der Deutschen Studentenschaft in diesen Wochen durchgeführt wird.

Auch in Berlin ist zur Zeit eine Säuberung aller Stadtbibliotheken von marxistischen Schriften im Gange. Den Büchereien sind mehrere „schwarze Listen" zugegangen, in denen alle Bücher verzeichnet sind, die demnächst öffentlich verbrannt werden sollen. Der Termin wird noch bekanntgegeben.

Grundlos verdächtigt

Der Direktor des Berliner Krankenkassen-Verbandes, Max Ebel, war im Zusammenhang mit der Untersuchung bei den Berliner Krankenkassen in Schutzhaft genommen worden. Am 13. April verübte Ebel Selbstmord durch Erhängen. Am 18. April muß die „Berliner Börsenzeitung" eine Notiz veröffentlichen, in der es heißt:

„Betrüger am Volke." Unter dieser Ueberschrift wurde in Nr. 177 der „B. B.-Z." vom 14. April 1933 berichtet, daß der 54 Jahre alte Direktor des Berliner Krankenkassen-Verbandes, Max Ebel, der im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Medizinalabteilung des preußischen Innenministeriums, die zur Aufdeckung des großen Skandals bei den Krankenkassen führte, in Schutzhaft genommen wurde, am 13. April Selbstmord durch Erhängen verübt habe. Wie wir dazu erfahren, hat die von Staatsanwalt Drendel geführte Untersuchung gegen Direktor Ebel die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ergeben."

„Verblendung, nicht Patriotismus"

In der Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom Montagabend lesen wir:

„Sollte man die Reichsregierung nicht daran erinnern dürfen, daß der Kampf gegen die Korruption in allen Schichten des Volkes verstanden und gebilligt wird? Sie ist dem deutschen Volkscharakter für jetzt und für immer unangemessen. Herr Justizminister Kerrl hat seine Volkstümlichkeit mit einem Schlage erheblich gesteigert, als er kundgab, die Zeit sei jetzt vorbei, da man in Preußen sagen konnte: die Kleinen henkt man, die Großen läßt man laufen. Ist indes nicht zu besorgen, daß draußen im Lande aus Korruptionsbekämpfung Korruptionsriecherei wird; daß die Begriffe auf den Kopf gestellt werden, der Vorarbeiter den Abteilungsleiter, der Abteilungsleiter das Vorstandsmitglied, das Vorstandsmitglied den Generaldirektor „beschuldigt"? Wird nicht zu reichlich und ungeprüft verhaftet? Ein höherer Beamter, gegen den politisch sehr viel zu sagen ist, erhielt von seiner Behörde einmal eine Urlaubsbeihilfe von 400 Mark. Deswegen ins Gefängnis? Man möge ihm den Prozeß wegen seiner amtlichen Betätigung machen, ihn aber nicht auf Grund solcher Tatsachen der Untreue bezichtigen. . . .

Schließlich mahnt der Ring um Deutschland, den wir sich zunächst immer fester schließen sehen, eindringlich und klar. Der nationalen Regierung stehen vielfältige Ansatzpunkte zu einer würdigen und aktiven Außenpolitik zur Verfügung. Aber diese Möglichkeiten müssen doch aufgezeigt und die Regierung muß unterstützt werden, damit sie Entschlüsse fassen kann. Es ist nichts damit getan, wenn wir uns gegenseitig immer wieder versichern, wie mächtig und einig wir sind. In Wirklichkeit sind wir, von Italien abgesehen, vorübergehend isoliert. Befreundete Länder, mit denen wir eine stark aktive Handelsbilanz besaßen, bewilligen ihren Importeuren nur noch soviel Devisen für Käufe aus Deutschland, wie Deutschland selbst von ihnen kauft. Ueber wichtige außenpolitische Vorgänge bleiben wir im Dunkeln. Jede starke deutsche Regierung hatte selbstverständlich mit diesen Hemmungen zu rechnen, und wir sind überzeugt, daß sie zu überwinden sind. Jene Tatsachen aber zu verschweigen oder gar zu leugnen, das ist Verblendung, nicht Patriotismus. Der Reichskanzler hat in München noch einmal seinen Wunsch nach Frieden und Verständigung scharf unterstrichen. Die Hurra-Stimmung mancher bürgerlichen Zeitung paßt nicht nur in sein Konzept, sondern zerstört es.

So halten wir, aus diesen und aus vielen andern Gründen, die Mitwirkung „bürgerlichen" Wissens und politischer Erfahrung für vollkommen unentbehrlich. Warum ist Dr. Schacht Reichsbankpräsident und Dr. Popitz preußischer Finanzminister? Weil der Chef der Regierung ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Dienste des Ganzen einsetzen will. Schaltet sich freilich die Bildungsschicht selber aus, so kann es nicht päpstlicher sein als der Papst. Herrn Dr. Hugenbergs Aufruf (oder soll man Notruf sagen?) ist verständlich und aufschlußreich. Kommt er nicht etwas spät? Die Gewichte innerhalb der Regierung haben sich seit dem 30. Januar ständig zuungunsten der Deutschnationalen verlagert. Der Reichswirtschaftsdiktator macht sich hinsichtlich gewisser Eingriffe in das Verbands- und allgemeine Geschäftsleben den Unterschied zwischen dem tatsächlichen und dem Rechtszustand. Vielleicht hätte er in vielen Fällen von vornherein dafür sorgen können, daß ein solcher Unterschied nicht entstand.

Bejaht man, wie es unseres Erachtens geschehen muß, die Frage nach der Notwendigkeit bürgerlicher Mitarbeit, so entsteht das Problem, in welcher Form sie sich am besten vollzieht. Unser Ausgangspunkt zeigt, wie ernst dieses Problem in wenigen Monaten schon geworden ist. Haben selbständige Parteien und Verbände neben dem Nationalsozialismus noch einen Sinn? Sie können einen Sinn nur haben, wenn es gelingt, sie an Haupt und Gliedern zu erneuern und ihnen das Leben und die politische Instinktsicherheit zu geben, die ihnen in dem letztvergangenen Zeitabschnitt oft fehlten. Wie dem auch sei: die bürgerlichen Mitglieder des Reichskabinetts müssen ihre allgemeinpolitische Aktivität an der jugendlich-unbekümmerten Handlungsfähigkeit und Entschlußkraft des größeren Regierungspartners messen.

Eingeschrumpfter Außenhandel

Rückwirkungen der Krise und vor allem der politischen Entwicklung in Deutschland zeigen sich in der Gestaltung des Außenhandels. Aufschlußreich war in dieser Beziehung die Statistik über den Ausfuhrüberschuß im Januar und Februar 1933. Von 260 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß im Januar und Februar 1932 war dieser Ueberschuß zurückgegangen auf 50 Millionen Mark im Januar und Februar 1933. Für die Erfüllung der deutschen Zinsverpflichtungen gegenüber dem Ausland ist aber ein Ausfuhrüberschuß von etwa 75 Millionen Mark erforderlich. Die Monate Januar-Februar sind also ein Fanal. Nun weist der März eine auffällige Steigerung des Ausfuhrüberschusses auf. Er beträgt gegenüber 27 Millionen Mark im Februar 64 Millionen. Aus dieser Tatsache ist vielfach der Schluß einer langsamen wirtschaftlichen Wiederbelebung, also Ueberwindung der wirtschaftlichen Rückwirkungen der politischen Ereignisse gezogen worden. Dieser Rückschluß ist irrig. Der März ist Abrechnungsmonat. Er ist in jedem Jahre günstiger als alle andern Monate. Ein Vergleich mit dem Vorjahre macht das deutlich. Während der Ausfuhrüberschuß im Februar 1932 97 Millionen Mark betrug, stieg er im März 1932 auf 163 Millionen Mark. Die Entwicklung des Außenhandels im März läßt also noch keineswegs andere Rückschlüsse zu als die Außenhandelszahlen vom Januar und Februar.

Die Dollar-Katastrophe

Die Abschwächung des Dollars um über 10 % seines Wertes hat begonnen, ihre unheilvollen Wirkungen auf die Weltwirtschaft auszuüben. Jetzt erst dürfte der Welt klar

werden, was die Vorgänge in den Vereinigten Staaten während der letzten Wochen für alle bedeuten: Die Pleitenserie in Nordamerika schließt mit einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise ab, mit einer Steigerung des Wirrwarrs im internationalen Handel und Wandel, gegen die sich Abschließungstendenzen protektionistischer und autarker Art wie Kartenhäuschen ausnehmen, die dem entfesselten Dollarorkan auf den ersten Schlag zum Opfer fallen. Darüber soll man sich nicht täuschen.

Es hört sich recht beruhigend an, wenn erklärt wird, Amerika ist das große Gläubigerland, dessen Goldvorräte gerade jetzt seit Monaten den höchsten Stand erreicht haben und das sich einer aktiven Zahlungsbilanz erfreut, weshalb seine Währung nicht auf die Dauer absinken kann. Das ist alles richtig, aber ein schlechter Trost. Entscheidend ist, daß die Welt mit der Stabilität des Dollars den einzigen nach der Inflationierung des englischen Pfundes noch verbliebenen Wertmesser, das internationale Geld, verloren hat. Kapitalistische Wirtschaft, nach deren Gesetzen man in der Welt handelt, braucht Vertrauen, Sicherheit. Sie sind durch die Dollarabschwächung zerrüttet. Man weiß nicht, was wird. Man flüchtet daher in die Sachwerte. Man kauft Effekten. Man kauft Kupfer, Weizen, Baumwolle. Die Flucht in die Sachwerte ist in vollem Gange.

Ob der Entschluß Amerikas, den Dollar nicht mehr zu stützen, eine Kampfmaßnahme gegen England darstellt oder nicht, ist völlig gleichgültig. Wichtig sind jetzt nicht die Ursachen, sondern die Wirkungen. Hier aber schält sich die Steigerung der Rohstoffpreise heraus, die unter Einfluß der Flucht in die Sachwerte automatisch erfolgt. Das Steigen der Rohstoffe kommt der amerikanischen Regierung, deren Autorität davon abhängt, ob sie die Agrarkrise in Amerika mildern kann, sehr gelegen. Sie wird den Spekulanten ihre Tätigkeit nach Kräften erleichtern. Weizen, Kupfer und Baumwolle haben angezogen, zum Teil bis 30 % und mehr. Die Welt nimmt damit ein anderes Gesicht an.

Ob diese Rohstoff-Hausse die Weltkonjunktur anregen wird, ist zu bezweifeln. Gewiß, der amerikanische Bauer erhält höhere Preisnotierungen — aber auch nur Notierungen. Infolge der depressiven Wirkung der Dollarabschwächung wird die Industrie im Auslande nach dem ersten Schock nicht mehr, sondern wahrscheinlich weniger kaufen. Das amerikanische Preisexperiment erinnert an das Preissyndikat, das höhere Preise festsetzt und im Absatz Verluste und Rückgänge hinnehmen muß. Mit einer inflationistischen Preispolitik wird Amerika der Krise nicht Herr werden. Die Dollar-Inflation mündet in die Frage internationaler Zusammenarbeit, in die entscheidende Frage, ob es zur Weltwirtschaftskonferenz kommt und ob diese positive Erfolge haben wird.

Auf dieser Linie scheint auch die Stellungnahme der Deutschen Reichsbank zu liegen, die die Situation mit bemerkenswerter Ruhe und Entschlossenheit betrachtet. Die Reichsbank lehnt die absurde Idee, die Mark dem entwerteten Dollar anzuhängen und sie ebenfalls abzuwerten, von vornherein ab. Anderseits legt sie die Goldklausel in Deutschlands Dollarschulden, kurz- und langfristig etwa 9,5 Milliarden Mark, so aus, daß ein Land unmöglich seine Verpflichtungen herabsetzen, seine Forderungen aber aufrechterhalten kann.

Die New Yorker Besprechungen

Die Entscheidung für eine Reihe von Wirtschaftsfragen, deren Lösung man erst von der Weltwirtschaftskonferenz erwartete, dürfte bereits in den New Yorker Besprechungen fallen, die zur Zeit zwischen Roosevelt, Macdonald und Herriot geführt werden.

Der ursprüngliche Anlaß zu der Reise Macdonalds und Herriots nach Amerika war die Notwendigkeit, Klarheit über die Schuldenfrage zu schaffen. Die nächste Ratenzahlung wird im Juni fällig und dürfte, wenn keine Vereinbarung Amerikas mit England und Frankreich zustande kommt, auf den Geldmärkten eine ähnliche Unordnung anrichten wie im Dezember 1932. Während aber Macdonald und Herriot auf dem Meere schwammen, riß Roosevelt die Initiative an sich und ließ die Dinge zur Dollarinflation treiben, die jetzt von Amerika mit Nachdruck durch den Hinweis auf die zwingenden Wirtschaftsverhältnisse in Amerika erklärt und begründet wird.

Der Dollar hat, wie so vieles andere, auch das Programm der New Yorker Besprechungen verändert. Einmal hat man sich, auf eine Anregung des englischen Premierministers hin, entschlossen, gemeinsam zu beraten, während die Amerikaner im Anfange daran dachten, jeweils mit der englischen und französischen Delegation einzeln zu verhandeln. Des andern ist die Schuldenfrage zunächst in den Hintergrund getreten. Allerdings haben die Franzosen erklärt, daß sie New York als die Fortsetzung von Lausanne betrachten, und daran erinnert, daß in Lausanne eine Streichung der deutschen Reparationsschuld bis auf 10 % erfolgt ist.

In der Währungsfrage selbst scheint aber die Entscheidung für das Gold bereits in den Besprechungen zwischen Macdonald und Roosevelt gefallen zu sein. Man will, so wurde erklärt, das Pfund und den Dollar auf ihren tatsächlichen Wert stabilisieren. Schwierigkeiten macht das Verhältnis von Dollar und Pfund. Die Amerikaner wollen das Pfund gleich 4 Dollar gesetzt wissen, während die Engländer höchstens 3½ Dollar zugestehen zu dürfen glauben. Die Meinungsverschiedenheiten sollen zwischen den Sachverständigen ausgetragen werden. Kommt es hier zu irgendeinem Kompromiß, der die Kluft zwischen den Goldländern und den Sterlingsblockländern schließt, dann ist das Ergebnis nicht hoch genug anzuschlagen und ein positiver Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz ziemlich gesichert.

Ganz ohne Konzessionen wollen sich aber die Amerikaner ihren Entschluß, den Dollar wieder auf das Gold zurückzuführen, nicht abringen lassen. Roosevelt hat bereits in der Besprechung mit Macdonald die Forderung nach Zollabbau aufgestellt. Amerika braucht den Zollabbau für seinen landwirtschaftlichen Export, besonders seit der Konferenz von Ottawa, auf der England die Rohstoffländer des britischen Imperiums durch Zölle und sonstige protektionistische Maßnahmen schützte. England soll also die Stabilisierung des Dollars mit einer Teilrevision der Beschlüsse von Ottawa bezahlen.

Was wird mit Hapag-Lloyd?

Als vor Jahren unter kräftiger Mitwirkung der in der Finanzkatastrophe von 1931 versunkenen Danatbank der Friede in der deutschen Großschiffahrt hergestellt und die beiden Reedereikonzerne Norddeutscher Lloyd und die Hapag zur Union vereinigt wurden, glaubte man, durch Ausschaltung einer kostspieligen Konkurrenz die Grundlagen gelegt zu haben, um die Seeschiffahrt wieder rentabel zu machen und über die Krisenjahre hinwegzubringen. So nur lassen sich die Opfer verstehen, die dem Reichssäckel für die neue Union zugemutet wurden.

Die Union scheint aber die Hoffnungen nicht erfüllt zu haben und konnte sie auch nicht erfüllen, wenigstens soweit der unter dem Druck der Krise sich ständig verringernde Handelsverkehr ausschlaggebend ist. Die Regierung scheint es daher wirtschaftspolitisch für geraten zu halten, die großen Konzerne aufzulockern.

Bis jetzt weiß man jedoch nur, daß mit der Union etwas passieren soll. Was eigentlich geschehen soll, weiß man nicht. Denkschriften für eine Umwandlung der Union liegen in Hülle und Fülle vor, meistens Gedanken und Projekte aus Hamburg und Bremen. Viel beachtet wird das Projekt des nationalsozialistischen Hamburger Bürgermeisters Krogmann, das in der Hauptsache den Reedereien neben Lloyd und Hapag Spezialgebiete zuweist, die Nordamerikafahrt Lloyd und Hapag gemeinsam überläßt und den Verkehr nach Südamerika, Indien, Ostasien usw. zwischen Lloyd und Hapag aufteilt. Während also die Union den Ausgleich zwischen Passagier- und Frachtverkehr regelte — Lloyd mit seinen modernen Schiffen mehr Passagier-, Hapag dagegen mehr Frachtverkehr —, tritt bei Krogmann die Aufteilung der Linien in den Vordergrund, weiter der Schutz der kleineren Unternehmungen, an denen das Bürgertum an der Wasserkante kapitalsmäßig stark beteiligt ist.

Der Gedanke hat gegenüber dem Union-Trust, der niemals zur inneren Ordnung zu kommen vermochte, mancherlei Vorteile, kann aber die finanziellen Voraussetzungen auch nur schaffen, indem er auf Staatshilfe zurückgreift. Darin stimmen überhaupt alle Projekte überein. Alle kommen sie zu dem Schluß, daß eine gesunde Betriebsrechnung und funktionierende Kapitalsverhältnisse nur mit Hilfe des Vaters Staat zu erzielen sind.

bereits der Nationalsozialistischen Partei an. Der Rest dürfte in nicht allzu ferner Zeit folgen.

Die Weltanschauungsparteien der Linken

werden vom neuen System mit größter Entschiedenheit bekämpft. Es verwirft den Liberalismus und will die Ausrottung des marxistischen Sozialismus. Daneben aber existiert auch noch die nicht minder interessante Frage der Existenz des Zentrums als Weltanschauungspartei.

Nicht nur auf dem Gebiete des Parteiwesens und der Presse befinden sich die Dinge noch im Fluß, dasselbe gilt auch von der staatsrechtlichen Konstruktion des neuen Systems. Das Verhältnis von Reich und Ländern und insbesondere auch die staatspolitische Gestaltung in den einzelnen Ländern sind noch keineswegs geklärt. Dafür liefert

die Entwicklung in Preußen

ein anschauliches Beispiel. Der Reichskanzler hat nach der Rückkehr des Reichsministers Göring von seiner römischen Reise als Statthalter von Preußen eine neue preußische Regierung ernannt. Ministerpräsident und Innenminister ist Reichsminister Göring, Justizminister Herr Kerrl, Kultusminister Herr Rust, Finanzminister Herr Popitz. Mit Ausnahme von Popitz sind die preußischen Minister Nationalsozialisten, auch der Staatssekretär des Staatsministeriums Körner ist führender Nationalsozialist. Die grundsätzliche Verteilung geht der Gliederung der Reichregierung parallel. Nach dem Prinzip vom Primat der Politik sind die wirtschaftlichen Ressorts als nichtführend nicht von den Nationalsozialisten beansprucht worden. Für die Aufgabe der Aufstellung des Etats und der Verwaltung der Finanzen ist in Preußen wie im Reich ein Fachmann genommen worden, hier Professor Popitz, dort Graf Schwerin-Krosigk. Es ist anzunehmen, daß der politische Führungswille der Nationalsozialisten auch für diese Ressorts die großen Linien bestimmen wird. Die politische Idee der Nationalsozialisten hat sich gegenüber der Idee der Deutschnationalen bei der Bildung der Regierung Hitler nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen durchgesetzt. Man erkennt an der Zusammensetzung der Regierung, an der Erfassung von innerer Verwaltung, Polizei, Justiz und Schule, wie stark der politische Machtwille der Nationalsozialisten vor den wirtschaftlichen Erwägungen ihrer Bundesgenossen einhergeht.

An diesem praktischen Beispiel ist zu erkennen, wie stark die Dinge noch im Fluß sind. Der Gedanke, das preußische Ministerpräsidium und den Reichskanzlerposten, das preußische Innenministerium und das Reichsinnenministerium nach Möglichkeit in einer Hand zu vereinigen, hat im Anfang noch eine Rolle gespielt. Er ist inzwischen überholt worden durch die Einrichtung der Reichsstatthalterschaften. Damit ist der Weg der Machtzusammenfassung nach Bismarckschen Grundsätzen verlassen worden und ein neuer Weg beschritten worden. Die Voraussetzung dafür war republikanisch, bei der Existenz von Partikulardynastien war dieser Weg selbstverständlich nicht gangbar. Ob nun hier eine endgültige Verfassungskonstruktion vorliegt, läßt sich noch nicht übersehen. Der preußische Oberpräsident Kube hat in einer Rede ausgeführt, daß der wilde Strom weiter an seinem Bett schaffe. Das läßt vermuten, daß auch hier noch Umkonstruktionen möglich sind.

Der Gang der Dinge zeigt, daß die Nationalsozialisten dabei völlig die Führung haben, während der deutschnationale Regierungspartner dabei eine passive Rolle spielt. Man kann ohne Einschränkung von dem nationalsozialistischen Preußen reden.

Das neue Kabinett in Preußen bedeutet ein gänzlich neues Experiment der Neukonstruktion und Neuorganisation. Es ist schon so, wie der Oberpräsident Kube sagte: „Mag mancher auch das immer weitere Vorwärtstragen der nationalsozialistischen Revolution nicht verstehen — diese Revolution ist noch nicht zu Ende, sie geht weiter so lange, bis der wilde Strom sich aus eigener Kraft und nicht aus dem Nachgeben der andern das neue Bett gegraben hat."

Dieser Strom ist bei der Neuorganisation in Preußen mit manchen traditionellen Ideen der Deutschnationalen in Widerspruch geraten. Das neue Kabinett und die Gegensätzlichkeit zwischen der Erklärung Hugenbergs und der Rede von Kube zeigen dies aufs deutlichste.

Ueber die künftige Gestaltung der Gewerkschaften sind Entscheidungen noch nicht gefallen. Im Reichsinnenministerium ist man zur Zeit mit der

Ausarbeitung eines Entwurfs über die berufsständische Verfassung

beschäftigt, der auch zu der Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich Stellung nehmen soll.

Es ist möglich, daß die Regierung erst die Fertigstellung dieses Entwurfs abwartet, ehe sie weitere Schritte in der Frage der Neuordnung der Gewerkschaften unternimmt. Auch der Abbruch der Verhandlungen zwischen Vertretern der NSBO. und der alten Gewerkschaften, der vor einigen Tagen auf Veranlassung der NSBO. erfolgte, ließe sich aus der Absicht der Regierung erklären, die berufsständische Idee auf die Gewerkschaftsbewegung anzuwenden. Anhänger einer Neuordnung des Gewerkschaftslebens unter berufsständischen Gesichtspunkten ist Staatssekretär Grauert, früher Syndikus in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der anscheinend die Gewerkschaftspolitik der Regierung in letzter Zeit stark beeinflußt. Setzt sich die berufsständische Idee bei der Neugliederung der Gewerkschaften durch, dann ändert sich die Situation auf gewerkschaftlichem Gebiete von Grund auf, auch hinsichtlich der Verhandlungen, die bereits zwischen den Gewerkschaften und der NSBO. geführt worden sind.

Verschmelzungsverhandlungen

haben zwischen einzelnen Zentralverbänden der christlichen und freien Gewerkschaften stattgefunden. Man einigte sich dahin, endgültige Beschlüsse erst dann zu fassen, wenn die Entscheidung bei den Spitzenorganisationen, dem ADGB. und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, gefallen ist.

Stahlhelm unter Hitlers Oberkommando

Auch im Stahlhelm haben in den letzten Wochen sich durchgreifende Veränderungen vollzogen. Jene Richtung, die einer Verschmelzung mit der SA. oder wenigstens doch eine engere Anlehnung befürwortete, hat sich jetzt durchgesetzt. Der erste Bundesführer Seldte hat den zweiten Bundesführer Oberstleutnant Duesterberg seiner Aemter entbunden. Diese Maßnahme, so wird offiziell mitgeteilt, sei erfolgt, „um die einheitliche Führung und den geschlossenen Einsatz des Stahlhelm zu sichern". Seldte hat die alleinige Führung übernommen. Man spricht davon, daß sich nunmehr auch der Stahlhelm unter Hitlers Oberleitung begeben wolle.

Politischer Rundblick

In Leipzig wurde eine angeblich „geheime Konferenz" von Sozialdemokraten entdeckt. Mehrere Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, darunter der sächsische Landtagsabgeordnete Liebmann und Bezirkssekretär Schroers, wurden verhaftet.

Von sozialdemokratischer Seite erfahren wir dazu, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem Boden der Legalität steht, demgemäß handelt und deshalb „Geheimkonferenzen", wie sie ihr unterstellt wurden, nicht abhält.

*

Das Gebäude des sozialdemokratischen „Volksblattes" in Harburg-Wilhelmsburg, in dem sich auch Gewerkschaftsräume befinden, wurde von der Polizei besetzt und einer Durchsuchung unterzogen. Es wurden zahlreiche Druckschriften beschlagnahmt. Bis zur Klärung der Lage, ob und inwieweit bei der Geschäftsführung der Gewerkschaften Unstimmigkeiten vorgekommen sind, wird das Gebäude besetzt bleiben.

*

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Preußischen Landtags, Hofacker-Kassel, der kürzlich aus der Sozialdemokratischen Partei ausschied, ist inzwischen zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Berg, der im Wahlkreis Westfalen-Nord gewählt wurde, ist aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Die Umstände zu diesem Schritt sind vorläufig noch unbekannt.

Von der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags befinden sich zur Zeit vier Abgeordnete in Haft, undz war Lau-Hannover, Bauer-Luckenwalde, Leinert und der frühere Landrat Freter, der am Montag in Schneidemühl verhaftet wurde.

*

Im Namen des Reichsstatthalters in Bayern ist mit Wirkung vom 1. Mai 1933 an der Rat am Landgericht München I Dr. Wilhelm Hoegner auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 aus dem bayerischen Staatsdienst entlassen. Hoegner, der im 46. Lebensjahr steht, befand sich seit 1920 im bayerischen Staatsdienst. Im Jahre 1924 wurde er als sozialdemokratischer Abgeordneter in den Bayerischen Landtag und 1930 in den Reichstag gewählt. Er ist heute noch sozialdemokratischer Abgeordneter des Reichstags und des Bayerischen Landtages. Hoegner ist als erster bayerischer Staatsbeamter von dem neuen Gesetz betroffen worden.

*

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat angeordnet, daß alle „marxistischen" Vereine und Verbände, die Jugendpflege und Leibesübungen treiben, mit sofortiger Wirkung aus den Orts-, Kreis- und Bezirksausschüssen für Jugendpflege auszuschließen sind. Auch sind diesen Vereinen jegliche Vergünstigungen (zum Beispiel Fahrpreisermäßigungen) zu versagen. Bestimmungen über das künftige Verfahren bei Gewährung der Fahrpreisermäßigung folgen demnächst. Ferner muß die Bestellung „marxistischer" Bezirks- und Kreisjugendpfleger unverzüglich aufgehoben werden.

*

In Preußen ist am Dienstag ein neuer Personalschub verfügt worden, durch den auch zahlreiche Anhänger des Zentrums betroffen werden. Der größte Teil der höheren Verwaltungsstellen befindet sich bereits in den Händen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Dem Zentrum gehören nur noch ein Oberpräsident in Oppeln und die Regierungspräsidenten in Aachen und Münster an.

Die Reichsregierung bereitet eine Ergänzung zum Reichskohlen- beziehungsweise Reichskaligesetz vor, nach der die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen im Reichskohlenverband, in den Kohlensyndikaten und im Kalisyndikat ausscheiden müssen.

*

Der Verwaltungsrat der Reichspost ist neu zusammengesetzt worden. Er besteht hauptsächlich aus Nationalsozialisten. Außerdem ist ein Mitglied der Deutschnationalen Partei und eines der Zentrumspartei in ihm vertreten. Sozialdemokraten gehören dem Verwaltungsrat nicht mehr an.

*

Die Beratungen, insbesondere bei der Post und der Eisenbahn die 40-Stunden-Woche durchzuführen, sind ergebnislos verlaufen. Wie „Der deutsche Eisenbahner" mitteilt, habe man sich überzeugt, daß das gleiche Arbeitspensum nur bei verhältnismäßig größerem Ersatzpersonal geleistet werden könne. Der Vertreter der Reichsbahn errechnete sogar eine Mehrbelastung — die uns allerdings stark übertrieben vorkommt — von 400 Millionen Mark pro Jahr heraus.

*

Der Geschäftsführer Werner der Kölner Vereinigten Ortskrankenkasse für Handwerker hat, ehe seine angeordnete Verhaftung ausgeführt werden konnte, Selbstmord begangen. Der erste Vorsitzende Jäger wurde wegen Verdunkelungsgefahr in Haft genommen. Ferner erfolgten zwei weitere Festnahmen in der Leitung der Kasse.

Die Nachprüfung der Verwaltung soll, wie der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter" berichtet, ergeben haben, daß eine unstatthafte Wirtschaft mit Wechseln bei der Kasse geherrscht habe, daß der Anteil der Verwaltungskosten am Beitragsaufkommen 30 % erreicht hatte und daß wichtige Akten fehlten. Die Angelegenheit werde von der Kriminalpolizei untersucht.

Aus der Partei

Die Genossen Podeyn, Willi Schmedemann, Walter Schmedemann und Kurt Berkmann, die auf der neuen Bürgerschaftsliste stehen, sind wegen ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei aus dem Staatsdienst beurlaubt beziehungsweise entlassen worden.

*

Nachdrücklichst ersuchen wir alle Parteigenossinnen und Parteigenossen, ihre Beitragsverpflichtungen gegenüber der Partei regelmäßig zu erfüllen. Die Aufrechterhaltung auch beschränkter Organisationsarbeit erfordert eine pünktliche Beitragszahlung. Es ist selbstverständlich, daß die sachlichen und vor allem die personellen Unkosten, die die Partei bisher zu tragen hatte, weitestgehend eingeschränkt worden sind. Ueberflüssige Kräfte sind gekündigt worden. Die Gehälter der verbleibender Genossinnen und Genossen sind stark abgebaut worden.

Der Vorstand der Landesorganisation

K. Leitmann

1. Vorsitzender.

Auer & Co., Hamburg 36

Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation Hamburg der S.P.D.

Hamburg, 5. Mai. 1933

Wels' Rede auf der Reichskonferenz

Parteigenossinnen und -genossen!

Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei am 26. April 1933 im Sitzungssaal der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag sprach Parteivorsitzender Genosse Otto Wels über die politische Situation und die Stellung der Sozialdemokratie. Genosse Otto Wels führte in der Hauptsache das Folgende aus:

Namenloses Leid ist in den letzten Wochen über zahllose sozialdemokratische Genossen und Funktionäre gekommen. Aber dieses persönliche Leid ist nichts im Verhältnis zu der Katastrophe, die die ganze Arbeiterbewegung betroffen hat. Es ist verständlich, daß jetzt zu allererst nach dem Warum und Wieso dieses Unglücks gefragt wird und daß die Ursachen auch gesucht werden im persönlichen Versagen einzelner. Wo persönliches Versagen festgestellt werden kann, müssen die Konsequenzen gezogen werden. Doch wäre es kurzsichtig, die Ursachen nur in Fehlern einzelner Personen zu suchen. Wer die Dinge so betrachtet und wer glaubt, alles wäre heute in bester Ordnung, wenn man seinem Rat gefolgt wäre, der unterschätzt die tiefen Kräfte, die diesem Weltgeschehen zugrunde liegen. Es war die Arbeiterklasse selbst, die den ungeheuren Problemen der Zeit noch nicht gewachsen war, und die sich spaltete, als Einheit mehr geboten war denn je.

Die Sozialdemokratie hat seit 1918 Gewaltiges geleistet. Sie hat nichts zu verleugnen oder abzuschwören. Schließlich aber hat sie die Weltwirtschaftskrise vor eine Aufgabe gestellt, der sie ebensowenig gewachsen war wie bisher irgendeine andere Macht der Welt. Wir wissen als wissenschaftlich geschulte Sozialisten, daß es gegen die Arbeitslosigkeit ein Universalmittel nicht gibt und daß sich die Umgestaltung der Wirtschaft zu vernünftigeren Daseinsmöglichkeiten für die Menschheit nur in schwersten Kämpfen vollziehen kann. Aber der Masse der leidenden Menschen war mit einer wissenschaftlichen Erkenntnis nicht gedient, sie konnte für unsere nüchterne, sachliche, nur schrittweise zu Erfolgen führende Politik kein Verständnis gewinnen. Daraus ergab sich die große Chance für den Nationalsozialismus, die wir unterschätzt haben. Wir haben uns mit dem Spruch getröstet: „Deutschland ist nicht Italien." Wir dürfen jetzt nicht in den umgekehrten Fehler verfallen und uns dem fatalistischen Glauben hingeben, es müßte in Deutschland alles so kommen, wie es in Italien gekommen ist. Eine Wendung ist weder von zwangsläufigen Ereignissen der Wirtschaft noch von der Außenpolitik her zu erwarten. Der Nationalsozialismus hat allerdings nicht die Macht, die Weltwirtschaftskrise für Deutschland zu beenden oder die außenpolitischen Folgen des verlorenen Krieges zu beseitigen.

In der Wirtschaftslage kann von einer wesentlichen Veränderung zum Besseren bisher keine Rede sein. Die Tendenzen zum Besseren und Schlechteren gehen stark durcheinander. Dem Antrieb, der von der Ausführung öffentlicher Arbeiten ausgeht, stehen wirtschaftliche und politische Störungen aller Art entgegen; eine mögliche Besserung wird sich nur sehr langsam durchsetzen. Das amerikanische Dollarexperiment ist eine neue Beunruhigungsquelle und erschwert die Entwicklung des internationalen Handelsverkehrs. Die Verzweiflung über den Grad der kapitalistischen Krise läßt überall die Neigung zu Experimenten auf dem Gebiete der Währung wachsen. Damit können kleine Vorzugsstellungen gewonnen werden. Aber die Krisenüberwindung wird nur erschwert. Der Erholungsprozeß wird desto langsamer sein, je mehr er durch politische Unruhe in der Welt gehemmt wird.

Außenpolitisch ist die Lage alles andere als rosig, Deutschland ist wie während des Weltkrieges isoliert. Der Haß, der damals Deutschland umbrandete, hat es in die Niederlage gejagt und ihm den Gewaltfrieden von Versailles aufgezwungen. Seitdem hatten wir uns bemüht, diese Flut des Hasses zurückzustauen und dem deutschen Volke den Rang einer gleichberechtigten und gleichgeachteten Nation zurückzugeben. Heute, und besonders seit dem Tag des Judenboykotts, scheint dieses Werk völlig zerstört. Rapallo ist gewesen, Rußland nähert sich Frankreich und Polen, die Machtstellung Frankreichs verstärkt sich. Mit größter Begeisterung ist in Paris die Debatte im englischen Unterhaus vom Gründonnerstag aufgenommen worden, die alle Parteien des englischen Parlaments zu einer Front gegen Deutschland vereinigte. Aehnliches gilt für den Sieg, den der österreichische Bundeskanzler Dollfuß errungen hat, indem er nach Rom fuhr, um Mussolini gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland festzumachen. Woher eine Friedensrevision durch freiwillige Verständigung kommen könnte, ist nicht zu sehen. Gewaltsame Lösungen verbieten sich aber von selbst. Auch Hitler hat gesagt, daß Deutschland mindestens zehn Jahre Frieden braucht. Auf keinen Fall dürfen wir damit rechnen, daß eine Wendung von außen her nach Deutschland hineingetragen werden könnte. Es war das Unglück der Republik, daß sie nicht der eigenen Kraft des Volkes entsprang, sondern ein Kind der Niederlage war. Niemals wird dem deutschen Volk seine Freiheit auf den Spitzen

Archiv der sozialen Demokratie
(Friedrich-Ebert-Stiftung)
Kölner Str. 149, 53 BN-Bad Godesberg

fremder Bajonette entgegengebracht werden. Es muß sie selber wollen und erkämpfen.

Wir deutsche Sozialdemokraten haben viel geleistet und für unser Volk ungeheure Opfer gebracht. Wenn wir international sind, so sind wir das nicht gegen unser Volk, sondern gerade unserm Volke zuliebe, da wir erkennen, daß das Wohl unseres Volkes nicht in feindlicher Absperrung, sondern nur in gemeinschaftlicher Arbeit mit andern Ländern zu finden ist. Wie wollen die Nationalsozialisten das internationale Finanzkapital bekämpfen, wenn nicht durch den internationalen Zusammenschluß aller antikapitalistischen Kräfte der Welt? Daß man die internationale Ausbeutung international bekämpfen muß, ist der große Gedanke unserer Maifeier, die aus dem Kampf um den Achtstundentag geboren ist. Diesem Maigedanken, dieser internationalen Gesinnung bleiben wir treu. Das zu betonen ist gerade mir wichtig, zumal mein persönlicher Austritt aus dem Büro der Internationale vielfach falsche Ausdeutungen erfahren hat. Wir bleiben international aus Liebe zu unserm eigenen Volk.

Eine Wende kann nicht kommen aus der Zwangsläufigkeit der Wirtschaft oder der Außenpolitik, sie kann nur kommen aus geistigen und sittlichen Kräften, die in unserm Volke selbst enthalten sind. Die Tatsachen der Machtpolitik können unser taktisches Verhalten beeinflussen, aber niemals können sie etwas an unserer Gesinnung ändern, es sei denn, daß sie uns in unserer Gesinnung bestärkten. Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben. Wir dürfen nicht tun, als wäre der Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und uns gar nicht so groß. O nein, er ist ungeheuer groß!

Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Und wir halten diejenigen unter uns nicht für besonders klug, die jetzt vom totalen Staat reden und von veralteten liberalistischen Gedankengängen. Wenn die liberalistischen Gedanken heute nicht mehr ganz jung sind, so sind die antiliberalistischen bestimmt noch viel älter. Und der totale Staat? Haben wir ihn nicht in der Zeit des Absolutismus gehabt, haben wir ihn nicht in der Zeit des Weltkrieges gehabt und haben sich nicht noch immer die Massen von diesem totalen Staat, dieser staatlichen Allmacht zum Recht der Persönlichkeit, zu den Menschenrechten hingesehnt und durchgekämpft? Was man die veralteten liberalistischen Ideen nennt, das sind die Lehren von Kant, Fichte und Hegel, die nach einem berühmten Wort von Engels ebenso zu den Vätern der deutschen Arbeiterbewegung gehören wie die großen Utopisten des Sozialismus. Echter Sozialismus ist Verwirklichung des Humanitätsideals, ist nicht denkbar ohne geistige Freiheit, und eine Partei, die aufhören würde, für das gleiche Recht aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und der Rasse zu kämpfen, würde den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht mehr tragen dürfen.

Ich kann mir nicht denken, daß die Kameraden in den Gewerkschaften in diesem entscheidenden Punkte anderer Meinung sein könnten als wir. Die Gewerkschaften haben vor allem die Aufgabe, für die materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten zu wirken. Sie haben das jahrzehntelang in brüderlicher Verbundenheit mit uns und nicht ohne Erfolg getan. Daß in einer Zeit vorübergehender Konjunktur im geschlagenen Deutschland höhere Löhne und Sozialunterstützungen gezahlt werden konnten als in den meisten Siegerländern, war ihr und unser gemeinsames Werk. Wir haben aber auch in den großen Fragen der Weltanschauung zusammengestanden und damit der Arbeiterklasse gemeinsam gedient. Sollte sich daran etwas ändern, so würde das für jeden von uns ein erschütterndes Erlebnis sein; aber an unserer Ueberzeugung ändern würde es nichts.

Unsere Organisationen, die politischen wie die gewerkschaftlichen, sind entstanden aus einer gemeinsamen großen Idee. Es kann nicht so sein, daß erst eine Organisation da ist und dann eine Idee dazu kommt, sondern erst muß die Idee da sein, und wenn diese Idee stark und zukunftsträchtig ist, dann bildet sich aus ihr die Organisation. Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte. Ist die Idee preisgegeben, dann stirbt auch die Organisation. Aber wird die Organisation durch Kräfte von außen zerschlagen, dann bleibt immer noch in Millionen Köpfen und Herzen die Idee, und sie sichert auch die Wiedergeburt der Organisation.

Noch niemals hat ein Regierungssystem ewig gedauert. Für jedes besteht die Frage, von welchen Kräften es einmal abgelöst werden wird. Das ist in diesem Fall eine Frage zwischen demokratischem Sozialismus und Bolschewismus. Die Sozialdemokratie kann auf den ideologischen Widerstand gegen die heute herrschende Gedankenrichtung nicht verzichten, das wäre ein Verzicht nicht nur zugunsten des jetzt herrschenden Systems, sondern schließlich auch ein Verzicht zugunsten des Kommunismus. Weder von dem einen noch von dem andern kann die Rede sein. Mögen einzelne auch versagt haben, die Geschichte unserer Zeit wird von einem stillen Heldentum der Zehntausende erzählen. Auf dieses Heldentum wollen wir unsere Blicke richten und, solange unsere Kräfte reichen, ihm nachstreben, dann werden wir unsere große heilige Idee und damit die Kraft unserer Bewegung über den reißenden Strom der Zeit zu den Ufern einer besseren Zukunft hinübertragen und allem die Stirn bieten, was auch da kommen mag.

*

Als Willensausdruck der Reichskonferenz wurde die nachstehende Entschließung angenommen:

„Dem Sozialismus und dem arbeitenden Volke zu dienen, ist und bleibt die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die internationale Verflechtung der kapitalistischen Welt mit all ihren Erscheinungen der Unterdrückung und Ausbeutung tritt heute klarer denn je zutage und rechtfertigt die Ueberzeugung, daß der Kampf gegen diesen Kapitalismus nur international geführt werden kann.

Die Sozialdemokratie beharrt bei der Ueberzeugung, daß es ohne geistige Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung einen wirklichen Sozialismus nicht gibt.

Gesinnungsloses Ueberläufertum verfällt mit Recht der allgemeinen Verachtung. Durch unerschütterliches Festhalten an ihren Grundsätzen und Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeit zu ihrer Betätigung dient die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Nation und dem Sozialismus."

Die zweite Phase der Revolution

Am Morgen nach dem 1. Mai hat die nationalsozialistische Partei einen vernichtenden Schlag gegen die freien Gewerkschaften in ihrer bisherigen Eigenart und Bedeutung geführt.

Alle Spekulationen über ein künftiges Gewerkschaftsgesetz, über den möglichen Ausgang von Verhandlungen zwischen den freien Gewerkschaften und der NSBO. sind durch eine revolutionäre Handlung über den Haufen geworfen worden. Ein Aktionsausschuß, an dessen Spitze Dr. Ley steht, hat mit Hilfe der NSBO. sich des ADGB. und des Afa-Bundes mit ihren angeschlossenen Verbänden bemächtigt. Die Führer sind beseitigt und zum Teil verhaftet, die Angestellten sollen weiterarbeiten, die Miglieder sollen bleiben — nur daß der ADGB. und die ihm angeschlossenen Verbände mit ihren gesamten Einrichtungen und ihrem ganzen Vermögen künftighin von Nationalsozialisten geführt werden. An die Stelle des Geistes gewerkschaftlicher Solidarität, wie ihn die bisherige Führung des ADGB. verstanden hat, tritt der neue Geist des Nationalsozialismus.

Eine so umfassende Aktion — man spricht von der zweiten Phase der Revolution — ist natürlich eingegliedert in den Gesamtplan der nationalsozialistischen Partei. Adolf Hitler hat diese neue Phase der Revolution den am 1. Mai versammelten Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern nicht offen verkündet, aber er hat sie erkennen lassen, als er von dem Entschluß sprach, die Klassen zueinander zu zwingen, wenn sie nicht freiwillig wollen.

Darin und in der Polemik gegen den Marxismus lag ein Vorausblick auf die Aktion, die am 2. Mai morgens eingesetzt hat. Wie ein Korrespondenzbureau erfährt, ist der von Dr. Ley geführte Aktionsausschuß auf Grund von Anweisungen Hitlers gebildet worden. Der Gesamtplan ist, über den Klassen den totalen Staat zu errichten, das neue soziale Recht von oben zu verkünden und demzufolge keine wirtschaftlichen und sozialen Organisationen in ihrer alten Form weiterbestehen zu lassen, die bisher Machtorganisationen gewesen sind. Die ganze Macht, auch die ganze soziale Macht, soll künftig einzig und allein beim Staat konzentriert sein.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften spricht davon, daß nur die freien Gewerkschaften geistig geköpft seien. Das ist es nicht allein; es handelt sich vielmehr um einen Wandel der Funktion. Sicher wird dieser Funktionswandel in dieser und jener Form auch andere gewerkschaftliche Organisationen und soziale Organisationen erfassen, vielleicht auch Unternehmerorganisationen, die bisher als Machtgruppen neben dem Staat gestanden haben. So steuert die konsequente Praxis des Nationalsozialismus immer klarer auf einen völlig neuen Staatsaufbau, in dem die Staatsmacht auf berufsständischer Grundlage ruhen soll, wobei aber der totale Staat selbst keinerlei Organisationen neben sich duldet, die Macht bedeuten oder Macht werden könnten.

Das freie Spiel freier Mächte neben dem Staat geht damit zu Ende. Es gibt immer noch starke Reste früherer Machtgruppen aus der Zeit des freien Kräftespieles; aber es ist kein Zweifel, daß die Idee des totalen Staates sich über kurz oder lang auch gegen sie wenden wird.

Der Reichskanzler hat die Anweisungen für den Aktionsausschuß gegeben. Seine unmittelbar führende Rolle tritt dabei wieder auf das stärkste hervor. Das Reichskabinett wird die Folgerungen aus der neu geschaffenen Lage ziehen und billigen, was geschehen ist. Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik — nie hat dieser Satz eine so klare Bedeutung und einen so klaren Inhalt gehabt wie heute. Der totale Staat ist im Grunde genommen in dieser Anwendung des Satzes schon verkörpert. Die Arbeiter an einer geschriebenen Verfassung werden nur nachzeichnen, was direkt geschaffen wird. Denn die nationalsozialistische Revolution geht immer noch weiter!

*

Das Aktionskomitee für die Durchführung der Maßnahmen gegen die freien Gewerkschaften, das unter Führung des Präsidenten des Preußischen Staatsrats Ley steht, umfaßt weiter den Reichstagsabgeordneten Schmer als Stellvertreter, Schumann als Kommissar für den ADGB., Muchow als Organisationsleiter, Peppler als Kommissar für den Afa-Bund, Bankdirektor Müller für die Arbeiterbank und Biallas als Beauftragter für Propaganda und Presse sowie Brinkmann für das Kassenwesen.

Außer den beiden Vorsitzenden Leipart und Graßmann sind bei der Aktion gegen die freien Gewerkschaften vom ADGB. u. a. Leuschner, Eggert, Heßler, Schlimme, Furtwängler, Maschke, Dr. Arons, Engelhardt, Seidel, Welke und Neh in Schutzhaft genommen worden. Der am Dienstag verhaftete Schriftleiter der „Arbeit", Lothar Erdmann, wurde am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verhaftung Furtwänglers erfolgte wegen Verdachts des Landesverrats. In seinem Schreibtisch wurden Briefe der Gewerkschaftsinternationale gefunden, die Furtwängler vor langer Zeit erhalten hat.

Das Vorstandsmitglied des Verbandes sozialer Baubetriebe, Rohde, ist in Schutzhaft genommen worden.

*

Die Auflösung des Afa-Bundes, die Ende voriger Woche von einer Reichskonferenz beschlossen wurde, wird vom Aktionskomitee zum Schutz der nationalen Arbeit nicht anerkannt. Der frühere Vorsitzende Aufhäuser ist in Schutzhaft genommen worden. Ebenfalls verhaftet wurde der Leiter des Berliner Afa-Bundes und Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Flatow.

Stahlhelm und die DNVP.

Die Deutschnationale Partei hat den Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte, der zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten ist, aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Seldte wird dieser Aufforderung nicht entsprechen. Er vertritt die Auffassung, daß er sein Mandat nicht von der Deutschnationalen Volkspartei, sondern von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot erhalten hat und die Deutschnationale Partei nur einen Bestandteil dieses Blocks bildete.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Eduard Stadtler hat in einem Telegramm an den Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Seldte, um Enthebung von seinen Pflichten als Mitglied des Bundesvorstandes und als Führer des Stahlhelm-Studentenringes Langemarck gebeten. Stadtler begründet seinen Schritt damit, daß er zwar den politischen Kurswechsel der Unterordnung unter Hitler für richtig halte, aber mit der Form des Vorgehens gegenüber dem zweiten Bundesführer, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, und andern hochverdienten Führern des Stahlhelms nicht einverstanden sei.

Die „Tägliche Rundschau" vom 28. April meldet:

„Eine Stellungnahme der Redaktion zum Fall Düsterberg ist im größten Teil der Auflage dieses Blattes erschienen, mußte jedoch für den Rest der Auflage auf Ersuchen der amtlichen Stellen ausgewechselt werden."

Archiv der sozialen Demokratie
(Friedrich-Ebert-Stiftung)
Kölner Str. 149, 53 BN-Bad Godesberg

Der „Tag der nationalen Arbeit"

Die Feiern, die zu Ehren des „Tages der nationalen Arbeit" am 1. Mai im ganzen Reiche stattfanden, wiesen eine überaus starke Beteiligung auf. Nicht allein in den Städten, wie bisher, nein auch im kleinsten Dorfe fanden entsprechende Feiern statt. Man könnte vielleicht sagen, daß das Zustandekommen solcher Demonstrationszüge und Feiern eine propagandistische Leistung ersten Ranges sei, jedoch wir wissen, die Größe der Feiern war nicht allein durch die Propaganda besimmt, sondern große Massen von Arbeitern waren alles weniger als mit dem Herzen dabei. Sie, die in früheren Jahren mit freudiger Begeisterung in den Demonstrationszügen marschierten, hatten diesmal vielfach ganz andere Gedanken. Wir nennen hier nur die ungezählten Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten sowie auch die Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Privatbetriebe. Ihre Teilnahme war keine frei gewählte, da heute ja sonst viele befürchten müßten, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.

Wenn am 1. Mai so außerordentlich stark besuchte Feiern zustande kamen — Kundige sind im Bilde darüber, wie das möglich war, haben doch alle die, die in den Vorjahren Gegner der Maifeier waren, in diesem Jahre zur Beteiligung aufgerufen: Handwerksmeister, Kleingewerbetreibende, Großkaufleute, Klein- und Großunternehmer. Sie alle haben auf einmal entdeckt, daß man die Arbeiter ehren muß. Sie haben infolgedessen alles aus ihren Reihen auf die Beine gebracht, um den Tag der nationalen Arbeit auf ihre Weise zu begehen. Die Begründung, all diese Leute hätten sich in den früheren Jahren deshalb von der Maifeier ferngehalten, weil sie ein Tag des Hasses und der Zerreißung des Volkes gewesen sei, ist falsch. Die Arbeiter sangen auch in früheren Jahren bei ihren Maizügen:

Nicht predigen wir Haß den Reichen,
nur gleiches Recht für jedermann.

Aber das war ja gerade das Entscheidende, daß man das gleiche Recht für die Arbeiterklasse nicht anerkennen wollte. Wir sind gespannt darauf, wie für die Zukunft dieses gleiche Recht gestaltet werden soll.

Der Tag der nationalen Arbeit hatte nicht für alle Festteilnehmer den gleichen Sinn. Bei vielen wird das Motto: „Achtet die Arbeit und ehret den Arbeiter" ein Lippenbekenntnis bleiben. Und wenn es sich um die Verteilung des aus der Arbeit entspringenden Mehrwertes handelt, dann werden sich die Geister scheiden. Der Arbeitgeber wird der Meinung sein, er komme zu kurz dabei, und der Arbeiter wird, wie bisher, das Empfinden haben, daß er ausgebeutet werde. Wir wollen ihnen zugestehen, daß es auch Festteilnehmer gegeben haben mag, die einen etwas gerechteren Standpunkt einnehmen, und wir wollen einmal annehmen, daß die Reichsregierung die beste Absicht hat; jedoch Absichten und Existenzkampf sind nicht immer miteinander in Einklang zu bringen. Und so werden sich also, wenn die Festtagsstimmung verflogen ist, die Gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden erneut auftun.

Was uns aber an dem Tage der nationalen Arbeit insbesondere interessierte, war, zu hören, wie auf wirtschaftlichem Gebiet nun unsere Zukunft gestaltet würde. Reichskanzler Hitler sprach auf dem Tempelhofer Felde am Schlusse seiner Rede über dieses Problem. Er kündigte für das erste Jahr des Vierjahresplanes die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht an. Was er gegen den Marxismus gesagt hat, wollen wir keiner Kritik unterziehen. Wir wollen nur feststellen, daß alles das, was uns jetzt als „Marxismus" von den Gegnern vorgesetzt und vorgehalten wird, mit dem wahren Marxismus, so wie ihn unsere Partei stets vertreten und wie ihn der geschulte sozialistische Arbeiter verstanden hat, nicht das geringste zu tun hat.

Wir haben aus der Rede des Reichskanzlers ferner vernommen, daß das weitere Ziel der Regierung sei: Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritativer Beschlüsse nicht nur im Parlament, sondern auch in der Wirtschaft. Obgleich dieser Satz nicht klar umreißt, was damit gemeint ist, dürfen wir aber doch den Schluß ziehen, daß auch in der Wirtschaft an Stelle der Verständigung die Diktatur treten soll, und wenn am Schlusse dieses Teils der Rede von einer Korrektur der Bedeutung der Verträge gesprochen wird, so könnte man darunter verstehen, daß das Tarifvertragswesen eingeschränkt werden soll.

Als dritter Grundsatz für das erste Jahr des Vierjahresplanes gab der Reichskanzler den Willen kund, dem deutschen Bauern als der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens in erster Linie zu helfen; denn von ihm gehe der Weg weiter zum Arbeiter und zur Intelligenz. Wir können uns allerdings nicht denken, wie der Bauer gesunden soll, wenn der Arbeiter nicht kaufkräftig ist, und nach unserer Auffassung ist die Konsumkraft der breiten arbeitenden Massen das erste Erfordernis zur Gesundung des Bauernstandes, den auch wir ebenso dringend wünschen wie die Reichsregierung.

Der vierte Punkt galt der Instandsetzung der deutschen Häuser und Wohnungen, um damit Hunderttausenden Arbeit zu schaffen. Hier deckt sich auch unser Wunsch mit dem der Reichsregierung hundertprozentig, und wir werden, gleich ihr, alle diejenigen Hausbesitzer, die irgendwie Mittel zur Verfügung haben, aber sie nicht zur Instandsetzung ihrer Häuser und Wohnungen benutzen, als Landesverräter brandmarken. Es ergibt sich nun eine Frage: Werden auch die kleinen Hausbesitzer die notwendigen Mittel dafür haben und, wenn nicht, woher bekommen sie diese?

Der fünfte Punkt des Programms betraf die Instandsetzung des Landstraßennetzes. Auch wir wünschen dringend, daß das Problem energisch in Angriff genommen wird; denn viele der deutschen Straßen sind noch schlecht genug. Aber auch hier entsteht wieder die Frage: Wie werden die Mittel dafür beschafft? Vorläufig hörten wir nichts darüber. Gerade dieses aber ist die wichtigste aller Fragen. Gerade hieran sind bisher alle Arbeitsbeschaffungspläne gescheitert. An Plänen und Programmen, die an sich technisch durchführbar und volkswirtschaftlich zweckvoll waren, hat auch bisher schon kein Mangel geherrscht. Aber die Finanzierung — das war stets der springende Punkt. Hierüber hat aber auch die Rede Hitlers keine Aufklärung gebracht. Daß der Regierung die Lösung dieser Aufgabe gelingen

möge, ist selbstverständlich schon allein im Interesse unserer arbeitslosen Volksgenossen zu wünschen.

Der sechste Punkt des Programms behandelte die Unerträglichkeit des heutigen Zinssatzes. Wir wünschen der Regierung auch hier vollen Erfolg. Aber über das Wie sind bisher auch noch keine näheren Mitteilungen bekannt geworden.

Was der Reichskanzler am Schlusse in bezug auf den Frieden und unser Recht zum Leben und zum Schutze der Heimat sagte, unterschreiben wir. Die Sozialdemokraten waren noch niemals dafür, daß Deutschland minderen Rechts sein soll. Wir betonen das auch hier mit aller Leidenschaftlichkeit, daß diejenigen Staatsmänner, die als Sozialdemokraten an verantwortlicher Stelle standen, diesen Kampf unablässig seit Beendigung des Krieges durchgefochten haben. Wir können darum wohl auch mit dem allergrößten Recht für uns in Anspruch nehmen, daß sich die Redewendung des Reichskanzlers über Verräter und Meineidige nicht auf die Sozialdemokraten bezieht. Eine notwendige Folge wäre aber auch, daß man der Sozialdemokratie nicht mehr den Mund verbände; denn immer noch sind ihre Zeitungen und größtenteils auch ihre Versammlungen verboten. Sie sind nicht imstande, ihre Meinung zu sagen und zu schreiben, die bei aller Kritik doch auch dem Aufbau der deutschen Wirtschaft und der Gesundung des deutschen Volkes dienen würde.

Zum Thema: Ausrottung des Marxismus

Im Einverständnis mit dem preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, der nationalsozialistische Staatskommissar zur Wahrnehmung der Geschäfte des Stadtschulrats in Berlin die bisherigen Lehr- und Bildungspläne aufgehoben. Bis zur endgültigen Regelung soll dem staatsbürgerkundlichen Unterricht ein Bildungsplan zugrunde gelegt werden, der folgende „Vorbemerkung" enthält:

„In den Mittelpunkt des gesamten staatsbürgerkundlichen Unterrichts sind Brögers Worte zu stellen:

„Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
Zu diesem Land!
Es zu erhalten
Und zu gestalten
Sind wir gesandt.
Mögen wir sterben,
Unseren Erben
Bleibt dann die Pflicht:
Es zu erhalten
Und zu gestalten,
Deutschland stirbt nicht."

Bröger ist seit seiner Jugend Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nach der Definition der herrschenden Kreise gehört er also zu den Marxisten, deren Geist ausgerottet werden soll.

Auch auf andern Gebieten müssen wir die Wahrnehmung machen, daß die herrschenden nationalsozialistischen Kreise sich nicht scheuen, aus dem Gedanken- und Geistesgut des angeblich nur von Haßgefühlen erfüllten Marxismus wesentliche Teile zu übernehmen. Am 1. Mai und auch sonst konnte man von Nationalsozialisten vielfach das Lied hören, das als das Lied der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands weltbekannt geworden ist: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'", und weiter hörte man Nazikreise ohne Scheu die „marxistische" Weise „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" singen, allerdings mit anderm Text!

Wie vermag sich das mit der für Volk, Vaterland und deutsche Kultur angeblich notwendigen Ausrottung des marxistischen Geistes zu reimen?

Gespräche in Deutschland

In der „D. A. Z." vom 28. April veröffentlicht Professor Dr. Wolfgang Köhler von der Universität Berlin unter der obigen Ueberschrift einen Artikel, in dem er von den andern Deutschen spricht, die bisher abseits stehen und die zu gewinnen sicher lohnte. In dem Artikel heißt es:

„Ein Kind vermag zu erkennen, daß sie unter schwerem Druck leben. Sie sind traurig aus Angst um ihre Nation. Mit politischem Geschehen im engeren Sinn des Wortes hat diese Besorgnis wenig zu tun. Durch unerhörte Konzentration von Macht ist der bisherige Erfolg errungen, und diese Macht geschlossen zu halten, muß für den Führer eine Selbstverständlichkeit sein. Aber wo die eigentliche Politik und die Machtfragen mit der Fülle der Sachfragen verschmelzen, da ist — so sagen diese Menschen — immer noch Deutschland, da ist das unübersehbare bunte Leben von Deutschen in hundert Berufen. . . . Keine dieser Aufgaben bis zur letzten kann der Nation gleichgültig sein, und wenn deshalb eine jede in den Händen eines Patrioten liegen muß, so ist schon die nächste Forderung, daß dieser nach Sachkenntnis auf dem betreffenden Gebiet, nach Persönlichkeit und nach Einsicht der beste Mann sein soll, den man im betreffenden Falle überhaupt finden kann. Da nun auf und ab im Lande in den Fachvertretungen der Berufe, den Verbandsleitungen der Wirtschaft, und bis in die einzelnen Unternehmen ein Mann nach dem andern davon muß, an dessen deutscher Gesinnung so wenig gezweifelt werden kann wie an seiner gründlichen Sachkenntnis und seiner Eignung als Charakter, so höre ich immer wieder die Frage: Warum? Wer sind die Nachfolger? . . . Ich finde gar nicht, daß diese Menschen etwa neidisch wären. Sie haben einfach Angst um die nahe Zukunft ihres Vaterlandes, wenn in jedem Lebensbereich nicht der schlechthin geeignetste unter allen Männern deutscher Gesinnung, sondern überall der Nationalsozialist des Bereiches die Führung in seine Hand nimmt. Sie wagen nicht zu hoffen, daß dieser immer mit jenem identisch sein werde. . . .

Wenn ich aber weiter frage, so zeigt sich, daß noch eine andere Sorge vorliegt, die freilich ebenfalls aus dem Prinzip der Sachlichkeit um der Nation willen entspringt. Sie betrifft die Rassenpolitik der Nationalsozialistischen Partei und des neuen deutschen Staates. Keiner von den Deutschen, die ich meine, leugnet das Vorhandensein eines Judenproblems in Deutschland; die meisten von ihnen glauben, daß die Deutschen das Recht haben, die Zusammensetzung ihres Volkskörpers zu kontrollieren und den zu groß gewordenen Anteil von Juden an der Führung aller wesentlichen Angelegenheiten des Volkes durch weise Regelung zu beschränken. Nur solche Maßnahmen aber können sie innerlich billigen, die nicht auf Umwegen Deutschland schädigen, die nicht plötzlich die Existenz von ganz Unschuldigen zerstören und die nicht die bedeutenden, vornehmen Menschen unter den deutschen Juden schwer verletzen. Denn meine Freunde wollen der These nicht zustimmen, daß jeder Jude, als Jude, eine niedere, minderwertige Form von Menschentum darstellt. . . .

Von den Deutschen, die jetzt abseits stehen, sind viele Lehrer an deutschen Hochschulen und manche sind Naturforscher. Es scheint, daß keiner an das kurze Leben und das große Schaffen von Heinrich Hertz denken kann, ohne daß eine fast zärtliche Bewunderung in seine Augen kommt. In Hertz aber war jüdisches Blut. . . .

Vielleicht ist hier der ernsteste Grund zu sehen, weshalb alle diese Leute beiseite stehen: sie fühlen den Grund und Boden ihrer moralischen Welt tangiert. Für sie gilt, daß nur die wirkliche Beschaffenheit eines Menschen über ihn zu entscheiden erlaubt, und daß geistige Bedeutung, Vornehmheit der Gesinnung und evidentes Verdienst um die deutsche Kultur bleiben, was sie sonst sind, wenn sie an einem Juden gefunden werden. Alles, was sie seit ihrer Kindheit lernten und sicher noch tiefer liegende Kräfte verpflichten sie auf diese Haltung, von der sie schlechterdings nicht abgehen können."

•

Die „Kölnische Zeitung" vom 24. April berichtet über die Rede des Parteiführers Dingeldey in der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei:

„Die großen Aufgaben des wirtschaftlichen und geistigen Aufbaues stehen noch restlos vor uns. Fremde politische Formen können nicht ohne weiteres und ohne Schaden auf Deutschland übertragen werden, das haben uns auch die Ereignisse von 1918 gelehrt. Hüten wir uns vor dem Glauben, daß eine Uni-

formierung des Denkens die Grundlage des staatlichen Lebens in Deutschland sein könne. Der Staat kann auf die Dauer nur existieren, solange er Respekt vor dem geistigen Schaffen und der menschlichen Persönlichkeit kennt, die dem Deutschen angeboren ist. Bis heute ist der Beweis nicht erbracht, daß es möglich ist, diese geistigen Grundlagen auch innerhalb der großen herrschenden Partei zu vertreten. Solange das nicht zu sehen ist, ist es nicht möglich, auf ein eigenes politisches Dasein zu verzichten. . . . Die Zeiten werden parteipolitisch noch unendlich schwer werden. Das Bürgertum hat in diesen Monaten ein Maß von Charakterlosigkeit und Minderwertigkeit bewiesen (Zustimmung), daß es sich nicht wundern darf, daß es heute schlecht behandelt wird. Wenn wir das Meer der Ueberläufer vermehren wollen, werden wir uns nicht die Achtung sichern, die derjenige beanspruchen darf, der in schweren Zeiten ehrlich und anständig für seine Anschauungen gekämpft hat."

Auflösung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat seine Auflösung beschlossen.

Dieser Beschluß wurde von der Reichskonferenz des Bundes mit dem Hinweis begründet, daß auf Anordnung der Behörden mit einer kommissarischen Verwaltung der Organisation gerechnet werden müsse. Bisher waren bereits acht Gaue des Reichsbundes der kommissarischen Verwaltung unterstellt. Die Reichskonferenz hat geglaubt, unter diesen Umständen ihre Arbeit nicht mehr weiterführen zu können. Er empfiehlt den Mitgliedern und Ortsgruppen, zur Wahrung ihrer Ansprüche sich dem nationalsozialistischen Reichsverband deutscher Kriegsopfer anzuschließen.

Von allen Entschlüssen, die nach der Wahl vom 5. März gefaßt worden sind, ist der Auflösungsbeschluß des Reichsbundes wohl der tragischste. Männer, die für ihr Vaterland ihr Blut vergossen haben, kommen nach reiflicher Ueberlegung zu der harten Erkenntnis, ihre Arbeit, die nach dem großen Kriegserlebnis ihr Lebensinhalt geworden ist, die Arbeit für Mitkämpfer und deren Witwen und Waisen, einzustellen. Wie schwer muß ihnen dieser Schritt gefallen sein!

Der Reichsbund war ein echtes und rechtes Kriegskind, aus der Not des Krieges geboren. Als die ersten Kriegsbeschädigten von Verdun, aus Rußland und von der Marne nach Hause kamen, fühlten sie den Zwang, untereinander in Verbindung zu bleiben. Daraus bildete sich Schritt um Schritt der Reichsbund, lange bevor ähnliche Organisationen entwickelt wurden. Man nannte ihn spöttisch den „sozialdemokratischen Kriegerverein". Der Reichsbund aber hatte wirklich keine Zeit, Politik zu treiben und Paraden im Zivilrock zu veranstalten. Hunderttausende kamen zu ihm und fragten nach Rat und Hilfe. Wohl hat der Reichsbund viel staatsbürgerliche Arbeit geleistet, wohl erwies er sich in den kritischen Jahren nach dem Zusammenbruch als die große Abwehr gegen bolschewistische Experimente. Seine Hauptarbeit lag jedoch auf dem Gebaet der Fürsorge, der Selbsthilfe, der Solidarität. Hunderttausende von Prozessen um das Recht der Kriegsteilnehmer sind vom Reichsbund geführt worden, Millionen von Mark wurden durch ihn Kriegerwitwen und Kriegerwaisen gesichert. Noch höher zu bewerten ist die seelische Arbeit des Reichsbundes, seine Initiative, dem Kriegskrüppel zu sagen und zu zeigen in Wort und Tat, die mit dir draußen waren, die verlassen dich nicht! Der Geist der Solidarität im Reichsbund hat Hunderttausende aufgerichtet, die vor der Verzweiflung standen.

Der Reichsbund wird die Auflösung bis zum 30. Mai durchführen. Die Geschichte wird dieser Organisation bescheinigen, Recht und Gerechtigkeit geliebt zu haben.

Die neue Fettwirtschaft

Die Reichsregierung hat Ende März die Kontingentierung der Margarineindustrie von 480 000 Tonnen auf 300 000 Tonnen verfügt. Jetzt sind auch die näheren Anordnungen über die angekündigte Fettkarte erschienen.

Der Mechanismus in der neuen Fettwirtschaft soll so funktionieren, daß neben einer Abgabe an das Fettmonopol in Höhe von 10 Mk. pro Tonne Fetteinfuhr eine Abgabe auf Margarine im Betrage von 25 Pfg. pro Pfund ab 1. Mai erhoben wird. Bei einer Produktion von 300 000 Tonnen dürfte diese Margarinesteuer einen Betrag von 150 Millionen Mark pro Jahr einbringen. Diese Summe wird benutzt, um für einen Teil der Bevölkerung eine Verbilligung für eine bestimmte Menge Fett herbeizuführen. Diese Verbilligung wird durch die Fettkarte geregelt. Die Verbilligung macht monatlich pro Kopf der Berechtigten 50 Pfg. (für 2 Pfund Fett) aus. Nimmt man an, daß 25 Millionen Menschen in den Genuß der Fettverbilligung kommen, dann sind dafür pro Jahr etwa 150 Millionen Mark erforderlich, also gerade so viel, wie durch die Margarinesteuer wahrscheinlich aufkommt. Im Anfang der Aktion dachte man an eine Verbilligung von 4 Pfund pro Monat (pro Woche ein Pfund), jedoch scheint man mit Rücksicht auf die Reichsfinaazen davon abgesehen zu haben.

Berechtigt zum Bezug verbilligten Fettes werden 22 bis 25 Millionen Einwohner sein. Die Fettkarte erhalten: Die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge und ihre Zuschlagsempfänger sowie die Empfänger der Kurzarbeiterunterstützung, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend in offener Fürsorge als Hauptunterstützte und Zuschlagsempfänger unterstützten Personen sowie die Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, ihre Zuschlagsempfänger und die Empfänger von Elternbeihilfen, ferner die Sozialrentner, deren Ehefrauen und unterhaltungsberechtigten minderjährigen Kinder.

Auf den Verbilligungsschein kann jeder Berechtigte im Monat zwei Pfund verbilligte Speisefette beziehen, und zwar Butter, Käse, Schmalz, Rohfett, Speck, Talg, Speiseöle, Margarine, Kunstspeisefett und gehärtetes Pflanzen- oder Tierfett. Die Verbilligung beträgt 25 Pfg. für jedes Pfund, jedoch wird der auf ein Pfund laufende Abschnitt des Verbilligungsscheines auch schon bei Abnahme von ½ Pfund Butter oder Käse in Zahlung genommen, während bei den übrigen Fetten die Verbilligung auf weniger als ein Pfund nicht gewährt werden darf.

Die Fettkarte tritt am 10. Mai in Kraft. Sie ist, wie die Regierung in ihrer Veröffentlichung ausdrücklich betont, geschaffen worden, um höhere Butterpreise zu erzielen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß viele Konsumenten infolge höherer Butterpreise zur Margarine beziehungsweise Marmelade abwandern. Die Verbraucherschaft mit niedrigem Einkommen leidet unter der Neuregelung besonders dadurch, daß die billigen Margarinesorten (sogenannte Kampfmarken) infolge Kontingentierung aus dem Handel verschwunden sind und daß sie den über 2 Pfund Fett hinausgehenden Bedarf teurer bezahlen muß.

*

Die Konsumgenossenschaften sind bei der Durchführung der Margarine-Kontingentierung nicht berücksichtigt worden. Ihre Bemühungen um eine Einschaltung in die Produktion führten zu keinem Ergebnis.

Die mit einem Aufwand von mehreren Millionen errichtete Margarinefabrik der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg kann deshalb nicht in Betrieb genommen werden. Ein Verkauf der Fabrik ist deshalb unmöglich, weil die bestehenden Unternehmungen infolge der Kontingentierung ihre Kapazität kaum zur Hälfte ausnutzen können und Außenseiter sich nach den gesetzlichen Bestimmungen der Margarinefabrikation nicht betätigen können.

Die Konsumgenossenschaften sind auch von der Verteilung verbilligter Lebensmittel ausgeschlossen.

*

Am 2. Mai sahen sich die zuständigen Stellen genötigt, in der Tagespresse folgende Mahnung erscheinen zu lassen: „In letzter Zeit wird beobachtet, daß an manchen Stellen Gastwirtschaften und auch der wirtschaftlich besser gestellte Teil der Bevölkerung im Hinblick auf die erfolgte Kontingentierung in größeren Mengen Margarine aufkaufen. Dies ist nicht nur ein Versuch, der Hilfsaktion für den notleidenden deutschen Bauer entgegenzuwirken, sondern vor allen Dingen sollten solche Käufer bedenken, wieviele Millionen deutscher Volksgenossen wegen ihres vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs gar nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße die hochwertigen deutschen Fette und insbesondere deutsche Butter zu kaufen. Diesen Bevölkerungskreisen bleibt somit keine Wahl zwischen den nahrhafteren Fetterzeugnissen der deutschen Landwirtschaft und Margarine. Wer derartige Aufkäufe für Margarine tätigt, bringt deshalb gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten in die Gefahr einer ungenügenden Fettversorgung."

Alle Versammlungen verboten!

Alle Polizeiverordnungen gegen die Sozialdemokratie und gegen die KPD. sind in einer Verordnung zusammengefaßt, die die Polizeibehörde am 29. April erlassen hat. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Die auf Grund der Verordnungen zum Schutze des deutschen Volkes und zum Schutze von Volk und Staat vom 4. und 28. Februar 1933 bisher erlassenen Polizeiverordnungen werden in nachfolgender Verordnung zusammengefaßt.

I.

Auf Grund § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird angeordnet:

a) Sämtliche Aufzüge, Demonstrationen, Sprechchöre usw. und alle Versammlungen — auch in geschlossenen Räumen — der KPD. und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen, der SPD., der SAJ., ihrer Nebenorganisationen und aller sonstigen marxistischen Vereinigungen sind bis auf weiteres verboten.

b) Die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse wird bis auf weiteres verboten. Sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Flugblätter, Plakate und Transparente sind zu beschlagnahmen und einzuziehen. Die Herstellung, das Vorrätighalten und die Verbreitung derartiger Erzeugnisse ist verboten.

Das Sammeln von Beträgen für Anzeigenaufträge und Zeitungsbestellungen für die verbotene kommunistische und sozialdemokratische Presse — auch soweit der Erscheinungsort nicht Hamburg ist — wird untersagt.

c) Das Zeigen marxistischer Fahnen wird aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres verboten.

II.

Auf Grund § 14 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 werden Sammlungen von Geld- und Sachspenden für die KPD. und ihre Nebenorganisationen sowie für die „Rote Hilfe" und die „Internationale Arbeiterhilfe" auf Straßen und Plätzen und von Haus zu Haus sowie in öffentlichen Gaststätten und an andern öffentlichen Orten verboten.

III.

Die bisher erlassenen Polizeiverordnungen werden, soweit sie in der vorstehenden Verordnung enthalten sind, hiermit aufgehoben.

*

Durch diese Verordnung wird vor allem das am Freitag, 28. April, erlassene Verbot sozialdemokratischer Versammlungen bestätigt. Der Parteivorstand hat bereits aus die Gefahren einer Verbotsübertretung aufmerksam gemacht!

Lügen über die Sozialdemokratie

Eine Anzahl ehemals radikaler bürgerlicher Blätter sucht die Gnadensonne der jetzt herrschenden Partei auf sich zu lenken, indem sie dauernd Schmähartikel über die Auflösung, die Zersetzung der Sozialdemokratie, über die Rebellion der sozialdemokratischen Jugend und ähnliche Tatarennachrichten veröffentlicht, die durchweg einen verlogenen oder entstellten Inhalt aufweisen. In einer Liste angeblich geflüchteter Genossen werden Kranke aufgeführt, die sich nur wegen ihrer Krankheit zur Zeit nicht im Dienst befinden. Bei der Kritik von Kündigungen wird es so dargestellt, als ob nur den Beziehern kleiner Gehälter gekündigt worden wäre, den andern aber nicht. Auch diese Behauptungen sind unwahr. Wo wegen monatelangen Verbotes der Zeitungen oder aus ähnlichen Gründen Kündigungen unvermeidlich wurden, haben sie alle Angestellten mit höherer und niedriger Besoldung getroffen. Wo Gehaltsreduktionen vorgenommen werden mußten, sind selbstverständlich für höhere Gehaltsstufen nicht nur höhere Beträge, sondern auch höhere Prozentsätze angeordnet worden. Im geraden Gegenteil zu den Behauptungen dieser liebedienerischen Presse sind die sozialen Gesichtspunkte bei solchen Maßnahmen in erster Linie ausschlaggebend gewesen. Die Märchen von den geplanten Aktionen des Reichsbanners gegen die Partei, die in solchen Berichten auftauchen, sind so dumm, daß jedes Eingehen darauf lächerlich wäre.

Nur noch staatlich kontrollierte Presse

Am letzten Sonntag fand in Berlin ein Delegiertentag des Reichsverbandes der Deutschen Presse (RDP.) statt, der mehrere für die Gestaltung des Pressewesens in Deutschland bedeutungsvolle Beschlüsse faßte. Sie betreffen in der Hauptsache die seit Wochen erörterte Frage, wer in Zukunft dem Reichsverband der Deutschen Presse als Mitglied angehören kann. Wichtig ist die Entscheidung darüber deshalb, weil nach Inkrafttreten des neuen Pressegesetzes nur Mitglieder des RDP. den Beruf des Journalisten und Redakteurs ausüben können.

Nach den Delegiertenbeschlüssen sollen Juden und Marxisten künftig nicht mehr in den Reichsverband aufgenommen werden. Nicht ganz so eindeutig sind die Beschlüsse über das Verbleiben von Juden und Marxisten im RDP. Ursprünglich hieß es, daß man Juden als Mitglieder dulden wolle, jedoch nur dann, wenn sie kein Amt bekleiden und sich nicht nach Aemtern drängen. Diese Auffassung scheint aber jetzt bereits überholt zu sein. Marxisten sollten ursprünglich nicht geduldet werden. Hier hat sich der Delegiertentag zu einer andern Regelung bekannt, und zwar dahin, daß eine besondere Kommission innerhalb der Landesverbände von Fall zu Fall über das Verbleiben marxistischer Mitglieder zu entscheiden hat. Dabei sollen unter andern gewisse persönliche Voraussetzungen, so die Dauer der Mitgliedschaft und die Art der Betätigung im RDP. ausschlaggebend sein. (Von den sozialdemokratischen Redakteuren haben bisher nur ganz wenige dem RDP. angehört, da für sie der Verein Arbeiterpresse als Berufsverband in Frage kommt.)

Das angekündigte Pressegesetz wird nach italienischem Muster die Kontrolle der Presse beim Journalisten bzw. Redakteur durchführen. Der Staat wird die wirtschaftlichen Belange der Journalisten und Redakteure sichern, dafür aber verlangen, daß sie sich vorbehaltlos für die Neuordnung in Deutschland einsetzen. Die staatlich kontrollierte Presse wird durch das Berufsregister und die Pressekammer geschaffen werden. Darüber macht Oberlandesgerichtspräsident i. R. Staatsrat Dr. Meyer in der „Deutschen Juristenzeitung" Ausführungen, von denen man annehmen kann, daß sie starke Tuchfühlung mit den dem neuen Pressegesetz zugrundeliegenden Richtlinien haben. Den Zustand in Italien stellt Meyer wie folgt dar:

„Zur Betätigung bei der Tagespresse wird in Italien nur der zugelassen, der die gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse nicht nur beruflicher, sondern auch moralisch-politischer Eignung erfüllt. Die Tätigkeit des Journalisten wird einer ständigen Kontrolle unterstellt, während anderseits der Staat dem Journalisten weitgehenden Schutz gegenüber den Einflüssen von privater Seite durch Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Belange gibt. In gewissem Sinne ist der journalistische Beruf durch das italienische Recht verbeamtet worden. Das technische Mittel, durch das die Sichtung der Journalisten nach Bildung, Moral und politischer Gesinnung sichergestellt wird, ist die Einrichtung eines Berufsregisters, in dessen Aufnahme der Nachweis bestimmter Vorbildung nötig ist. Die Journalisten, über die Personalakten geführt würden, werden im Disziplinarwege überwacht. Der Journalist untersteht der Disziplinargewalt der Bezirkssyndikate. Gegen die Entscheidungen kann die Oberkommission für das Pressewesen bei dem Justizministerium angegangen werden. Die Dienstaufsicht über die einzelnen Bezirkssyndikate übt das Justizministerium durch den zuständigen Generalstaatsanwalt aus. Wird ein Journalist aus dem Register gestrichen, dann kann er als solcher nicht mehr tätig sein."

Ueber die Gestaltung der deutschen Verhältnisse sagt Meyer:

„In Abkehr von der bisherigen Entwicklung wird die Reform des ganzen Pressewesens beim Ursprung des Artikels, beim Journalisten selbst, einsetzen und nicht mehr bei dem Ergebnis der journalistischen Tätigkeit, dem Druckerzeugnis. Die lange erörterten Fragen und Bedenken für und gegen die Pressekammern werden sich bei der Raschheit der jetzigen Gesetzgebung, bei den staatspolitischen Bedürfnissen dieser

Presserechtsreform, von selbst erledigen. Wir werden für das ganze Pressewesen einen syndikatlmäßigen Aufbau in einer korporativen Verfassung erhalten. Wir werden den Zustand einer staatlich kontrollierten Presse erhalten, die in gewissem Sinne ein Instrument und Organ des Staates sein wird. In dieser Gleichschaltung, nicht Uniformierung des Pressewesens, die sich in staatspolitischer Hinsicht jetzt schon vollzieht, wird gesetzgeberisch die Pressefreiheit in erster Linie betroffen werden. . . . Die Pressefreiheit wird nicht völlig beseitigt, wohl aber nach Maßgabe der Staatserfordernisse eingeschränkt werden. Eine absolute schrankenlose Pressefreiheit, die vaterlandslose Kundgebungen zum Schaden des Staates und Ergüsse eines krankhaften, wurzel- und wertlosen Asphaltliteratentums zum Schaden von Sitte, Kultur und Religion unseres Volkes zuläßt, wird ausgeschlossen sein. . . . Auch der deutsche Staatsgedanke wird eine Freiheit der Presse in dem Sinne, daß der Staat darauf verzichtet, auf den Geist und die Tendenz der Presseerzeugnisse durch behördliche Maßnahmen einzuwirken, und sich darauf beschränkt, gegen deliktische Veröffentlichungen nach Maßgabe der allgemeinen Strafgesetze einzuschreitn, im Verfolge der vaterländischen Erhebung und der durch sie geschaffenen Staatsnotwendigkeiten in Zukunft ablehnen. . ."

Politischer Rundblick

In einem Vortrag, den der nationalsozialistische Stabsleiter Dr. Ley über den Zweck der Aktion gegen die freien Gewerkschaften am Dienstag vor der Berliner Presse hielt, streifte er unter anderm auch ein Konto von drei Millionen Mark bei der Münchener Arbeiterbank, das auf den Namen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Löbe lauten soll.

Reichstagsabgeordneter Löbe hat Herrn Dr. Ley dazu mitgeteilt, daß er bei der Arbeiterbank kein Konto besitzt und niemals ein Konto besessen hat.

*

In Stettin wurde am Dienstag der politische Redakteur des seit Wochen verbotenen sozialdemokratischen „Volksboten" festgenommen. Er soll vor Monaten zwei Bilder von den Manövern in Mecklenburg veröffentlicht haben, die durch den „New York Times"-Bilderdienst verbreitet wurden. Die Bilder zeigten Polizeibeamte als Manövergäste. Man spricht deshalb von einem Verdacht des Landesverrats.

*

In Neumünster wurde der Bruder des preußischen Landtagsabgeordneten Bugdahn, der bis zum Verbot der sozialdemokratischen Presse Berichterstatter der Volkszeitung in Kiel war, verhaftet.

In Bad Schwartau ist der sozialdemokratische Leiter des dortigen Arbeitsamts, der sich in Haft befindet, fristlos und ohne Pension entlassen worden.

In Flensburg wurde der bisherige Vorsitzende der Krankenkasse und ehemalige sozialdemokratische Stadtrat Haberland verhaftet.

*

Im Breslauer Konzentrationslager sind rund 120 bis 130 Personen untergebracht. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums wurden während der letzten Tage in Breslau insgesamt 75 kommunistische und 14 sozialdemokratische Funktionäre festgenommen und in das Lager überführt. Unter den Festgenommenen der letzten Tage befinden sich der Breslauer Ortsparteisekretär Max Kukielczynski, der Breslauer Ortsvereinsvorsitzende Ernst Zimmer und dessen Frau, die städtische Fürsorgebeamtin Toni Müller-Zimmer, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes für Schlesien und Vorsitzende des Ortsausschusses Breslau des ADGB., Deswysen, der frühere zweite Vorsitzende des Landesarbeitsamtes Schlesien, Oberregierungsrat a. D. Wagner, die Frau des früheren Reichsbannergausekretärs Steiner, der Schriftleiter der Brieger Volkszeitung, Pieterek, die sozialdemokratische Frauenführerin des Kreises Brieg, Ida Wolf, der Gewerkschaftssekretär Zehmisch aus Brieg, Reichstagsabgeordneter Kurt Pohle, Striegau, der Arzt Dr. Korn aus Steine, Landkreis Breslau, sowie mehrere weniger bekannte Funktionäre aus Breslau, Ohlau und Brieg. Die Verhafteten wurden in die Polizeigefängnisse Breslau bzw. Oels eingeliefert. Rechtsanwalt Dr. Eckstein, der frühere Vorsitzende der SAP. in Breslau, unternahm vor seinem Abtransport in das Lager einen Selbstmordversuch. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

In Sprottau sind in den letzten Tagen insgesamt 28 Angehörige linker Parteien, darunter mehrere Sozialdemokraten, verhaftet worden.

*

In Magdeburg wurden am Dienstagabend die Sekretärin des Reichsbannerführers Höltermann und ein Chauffeur des Reichsbanners verhaftet. In ihrem Besitz soll zahlreiches verdächtiges Material gefunden worden sein.

*

Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat einen Erlaß veröffentlicht, demzufolge das Tragen von Uniformen und Abzeichen im Bereiche der Schule, auf dem Wege von und zu der Schule sowie bei Schulveranstaltungen wie Wanderungen, Beobachtungsgängen und Spielen, grundsätzlich verboten wird.

Das alltägliche Tragen von Uniformen und Abzeichen im Bereiche der Schule wäre, so heißt es in dem Erlaß, dem Gedanken der Gemeinschaft und der Ganzheit nicht förderlich. In Zukunft dürfe nur bei besonderen Anlässen, vor allem bei Schulfeiern vaterländischen Gepräges, Uniformen und Abzeichen auch in der Schule getragen werden. Dadurch werde die Festlichkeit solcher Veranstaltungen gehoben, das Bekenntnis der Schüler für Volk und Vaterland erhalte eine besondere Weihe und die verschiedenen Jugendgruppen erlebten in der Feierstunde spürbar die Gemeinsamkeit ihrer letzten Ziele und Ideale. Von den Lehrern wird erwartet, daß sie sich auch für ihre eigene Person an die für die Schüler geltenden Grundsätze halten.

*

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei beschloß am Mittwoch:

„Da der Parteienstaat von Weimar und sein System der Vergangenheit angehören, nennt sich die Deutschnationale Volkspartei — entsprechend einer vom Parteiführer schon in der Vorstandssitzung im Dezember gegebenen Anregung — künftig „Deutschnationale Front".

*

Die „Rote Erde", das Organ der westfälischen Nationalsozialisten, ist in den „Dortmunder Generalanzeiger" übergegangen. Der Generalanzeiger ist nunmehr amtliches Organ der NSDAP. für den Gau Westfalen-Süd. Er verfügt damit über die größte Druckerei Europas.

Wie das Geheime Staatspolizeiamt mitteilt, ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes die „Tägliche Rundschau" in Berlin bis zum 31. Mai verboten worden.

Auf Anweisung des preußischen Innenministers hat der Regierungspräsident von Köslin die deutschnationale „Schlawer Zeitung" verboten. Das Blatt übte in letzter Zeit öfter an Maßnahmen der Reichsregierung Kritik. Der aktuelle Anlaß des Verbots ist ein Artikel des deutschnationalen Parteivorsitzenden in Pommern, von Zitzewitz-Großganzen, in dem den nationalsozialistischen Ministern unsachliche Personalpolitik vorgeworfen wurde.

Auf seinem Gut Hopfendorf in Hinterpommern wurde einer der bekanntesten ostelbischen Granden, der deutschnational-konservative Herr von Kleist-Schmenzin, verhaftet. Von Kleist hatte die am 1. Mai auf der Kirche gehißte Hakenkreuzfahne herunterholen lassen.

Der Vorstand der Landesorganisation

K. Leistikow

1. Vorsitzender.

Auer & Co., Hamburg 36

14.6.33.

Rotes Blitzlicht

Mitteilungen nur für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei

Hamburg, 3. Juni 1933

Lebendige Kraft des Proletariats

Wenn bei uns der Kapitalismus vor dem Zusammenbruch steht, wird das nicht gleichbedeutend mit dem Sieg des Sozialismus? Leider ist das keineswegs der Fall. Wenn die kapitalistisch betriebenen Arbeitsstätten zum Stillstand kommen, so bedeutet das zunächst eben nur Stillstand jeglicher Produktion, nicht aber deren Fortführung in sozialistischen Formen. Wir müssen uns davor hüten, die materialistische Geschichtsauffassung in automatisch-mechanischer Weise zu deuten, als gehe die gesellschaftliche Entwicklung von selbst vor sich, da sie ja eine notwendige sei. Menschen machen die Geschichte, und deren Verlauf ist nur deshalb ein notwendiger, weil die Menschen im Durchschnitt unter den gleichen Vorbedingungen auf dieselben Anstösse notwendigerweise in gleicher Weise reagieren. Marx erwartete den Sieg des Sozialismus nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus. Marx erwartete ihn von der wachsenden Kraft und Reife des Proletariats.
Nun ist es richtig, daß der Stillstand der Produktion die Wut der Massen gegen die bestehende Wirtschaft und vielmehr Mißwirtschaft aufs höchste steigert. Aber bei vielen nicht politisch und ökonomisch geschulten, nicht organisierten Proletariern, Kleinbürgern, Intellektuellen fördert die entsetzliche Verzweiflung einen Seelenzustand, der sie leicht zur Beute sozialer Quacksalber macht, die leichtfertig das Blaue vom Himmel versprechen. Bei vielen der im Elend Untergehenden entsteht der Drang, mit Gewaltmitteln zu helfen, der Drang nach sofortigen Erfolgen, welches immer die Konsequenzen sein mögen. Der Kultus der brutalen Gewalt, die Mißachtung aller ökonomischen Gesetze wird durch die Krise ebenso maßlos gesteigert wie durch den Krieg. Der eine wie der andere Zustand hat die Tendenz, nicht nur die ausbeutenden Klassen sondern ebenso einen Teil der arbeitenden zu demoralisieren. Bald werden es zwei Jahrzehnte, daß diese Tendenzen auf das deutsche Volk wirken. Es erfordert einen ungeheuren Kraftaufwand, ihnen zu widerstehen.

(Karl Kautzky, "Gesellschaft" März 1933)

Der Bruderkampf in Österreich

Nach dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland am 5. März war ein Überspringen der nationalsozialistischen Welle nach Österreich sehr wahrscheinlich. Die amtierende österreichische Bundesregierung Dollfuß versuchte, gestützt auf Heimwehr und Christlichsoziale Partei, und mit Zustimmung des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini dieser Gefahr der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Österreich zu begegnen, indem sie durch Außerkraftsetzung des parlamentarischen Regimes eine Diktatur Dollfuß etablierte. In schneller Folge erfolgten einige durchgreifende Maßnahmen, die Auflösung des Parlaments, Verbot des Sozialdemokratischen Schutzbundes, Vorzensur für die sozialdemokratische Presse, Verbot der Kommunisten usw. Diese Maßnahmen gegen den Marxismus erfolgten in Parallele zu den Vorgängen in Deutschland. Dollfuß erwartete dadurch eine unmittelbare Stärkung seiner Position. Er, Dollfuß, und nicht der Nationalsozialismus wollte als Retter vom Marxismus erscheinen. Als aber der deutsche nationalsozialistische Minister Frank nach Österreich kam, und einige sehr unfreundliche Worte über die Regierungsmethoden des Herrn Dollfuß verlor, wurde er von der Bundesregierung nicht empfangen, nach einigen Tagen ausgewiesen. Es setzte dann ein Krieg in Noten und Artikeln zwischen Deutschland und Österreich ein. Jetzt hat die österreichische Bundesregierung zu einem weiteren Schlage ausgeholt und das Tragen von nationalsozialistischen Fahnen, Abzeichen und Emblemen verboten. Die deutsche Regierung hat diese Maßnahme Österreichs mit einer Gegenmaßnahme beantwortet: ab 1. Juni ist die Ausreise nach Österreich an die Erteilung eines Sichtvermerks gebunden, der gegen Zahlung einer Gebühr von RM 1.000 erteilt wird. Der "deutsch-österrei-

II

chische Krieg" geht also fort. Die österreichische Bundesregierung will jetzt die Einfuhr deutscher Waren nach Österreich drosseln. Diese Maßnahme wird darum auf die deutsche Industrie sehr empfindlich wirken, weil die Einfuhr deutscher Waren nach Österreich doppelt so stark war als umgekehrt die Einfuhr aus Österreich nach Deutschland. - Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich am Montag in einem Artikel mit der Überschrift "Bruderkampf" kritisch zu der deutsch-österreichischen Lage geäußert hat, ist auf drei Monate verboten.

Gewerkschaften und NSBO.

Der Nationalsozialist Walter Schuhmann, Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiterverbände, hat sich in sehr programmatischen Ausführungen über das Verhältnis Gewerkschaften und NSBO. geäußert. Er sagte etwa folgendes: Gewerkschaften und NSBO. sind zwei verschiedene Organisationen. Die Gewerkschaft ist die wirtschaftliche, die NSBO. die politische Vertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben. Ein Eingriffsrecht in die gewerkschaftliche Verwaltung steht der NSBO. nicht zu. Jedoch stellt die NSBO. die zur Führung der Gewerkschaften notwendigen Amtswalter. Da die NSBO. der Vortrupp des Arbeitertums ist, ist es unerwünscht, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter jetzt noch Mitglieder der NSBO. werden. Ist ein NSBO.-Mitglied zugleich Gewerkschaftler, so hat er einen um den NSBO.-Beitrag gekürzten Beitrag an die Gewerkschaft zu entrichten. Weiter hat Schuhmann eine Anweisung herausgegeben, nach der allen Gewerkschaftsangestellten auf den nächstzulässigen Termin zu kündigen ist. Gewerkschaftsangestellte, die sich staatsfeindlicher Betätigung oder der Korruption schuldig gemacht haben, sollen fristlos entlassen werden. Den Gekündigten soll eine Abfindung gezahlt werden, die geringer sein muß als der Gehaltsanspruch für die Kündigungszeit.

Aus der Partei

Schon im April wurde bekannt, daß die Gewerkschaftler innerhalb unserer Bürgerschaftsfraktion beabsichtigten, sich von der Sozialdemokratischen Fraktion zu trennen, um eine eigene Fraktion zu bilden. Die Gewerkschaftsführer glaubten, durch diese Taktik dem nationalsozialistischen Zugriff entgehen zu können. Der 2. Mai hätte sie belehren müssen, daß ihre Taktik eine verkehrte Spekulation bedeutete. Sie blieben aber unbelehrbar und haben bis zum Schluß eine klare Erklärung über ihr Verhältnis zur Partei und Fraktion hinausgezögert. Jetzt haben die bisherigen Mitglieder unserer Partei und unserer Bürgerschaftsfraktion John Ehrenteit, Hugo Schotte, Wilh. Petersen und Georg Amlung ihren Austritt aus der Partei und aus der Fraktion erklärt, ohne gleichzeitig das ihnen von der Partei übertragene Mandat niederzulegen. Sie haben vielmehr ausdrücklich erklärt, daß sie das Mandat behalten wollen. Ehrenteit hat dem Präsidenten der Bürgerschaft mitgeteilt, daß er sein Mandat als von den Gewerkschaften zugewiesen betrachtet. Die mit ihm ausgeschiedenen stehen offenbar auf dem gleichen Standpunkt. Wir brauchen nicht erst zu erklären, daß dieses Verhalten der vier geradezu ungeheuerlich und würdelos ist. Die Mandate - das ist den Gewerkschaftlern besonders diesesmal eindringlich gesagt worden - sind Mandate der Partei. Nur die Partei hat über die Mandate zu verfügen. Der Ausbruch dieser vier aus unserer Front kommt einem Verrate gleich. In der Arbeiterbewegung sind sie durch ihr Verhalten somit moralisch geächtet. Die Genossen August Hein und Heinr. Steinfeld haben sich dem Vorgehen ihrer bisherigen Kollegen nicht angeschlossen. Sie bleiben Mitglied der Partei und der Fraktion. Sie teilen die selbstverständliche Auffassung der Partei, daß über die Mandate nur die Partei zu entscheiden hat. Der Gewerkschaftler Alfred Ehlers konnte sich bisher nicht entscheiden, da er sich im Konzentrationslager befindet. Es verlautet aber, daß er sich dem Vorgehen der vier anschließen will. - In der Bürgerschaftssitzung vom 31. Mai hat der nationalsozialistische Präsident Meyer lobende Worte für das Verhalten dieser vier Abtrünnigen gefunden. Er feierte ihren Entschluß als ein Bekenntnis zur nationalen Gesinnung und einer Abkehr vom Marxismus und wünschte, daß noch weitere Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion diesen Weg gehen würden. Nichts dokumentiert mehr die Schande dieser vier als diese Lobhudelei unseres Gegners. ----------

Für unseren verstorbenen Genossen Ad. Biedermann tritt, nachdem Erna tum Suden die Annahme des Mandats abgelehnt hat, H. Steinfeld in den Reichstag ein.

(32)

15.6.33. S.P.D.

Rotes Blitzlicht

10. Juni 1933

Arbeitsbeschaffung?

In den letzten Tagen des Monats Mai - genau vier Monate nach dem Amtsantritt der Regierung Hitler - sind die ersten genaueren Pläne über die versprochenen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bekanntgegeben worden. Damit beginnen sich die Linien des Programms, mit dem die Regierung Hitler den Kampf für Arbeit und Brot führen will, allmählich abzuzeichnen. Ob die hohen Erwartungen, die in den Anhängerkreisen Hitlers an das Programm geknüpft werden, sich nun freilich erfüllen werden, muß dahingestellt bleiben. Nach den amtlichen Ankündigungen sollen für eine Milliarde Mark Arbeitsschatzanweisungen ausgegeben werden, durch die die Reichsbank in die Lage versetzt werden soll, Arbeiten zu dem genannten Betrage zu finanzieren. Die Abdeckung dieser Schatzanweisung soll ebenso wie die von der Regierung Papen vor einem Dreivierteljahr in den Verkehr gebrachten Steuergutscheine in den Jahren 1934/1938 mit je 200 Millionen Mark erfolgen, sodaß also die Reichskasse in diesem Jahrfünft die doppelte Belastung aus dem sogenannten Papen-Plan und aus diesen Arbeitsschatzanweisungen zu tragen haben wird. Die Regierung gibt sich der Erwartung hin, daß die Reichskasse in diesen Jahren infolge der angekurbelten Wirtschaft so viel mehr an Steuereinnahmen resp. weniger Ausgaben für Unterstützungszwecke haben wird, daß sie diese doppelte Belastung wird tragen können.

Im einzelnen sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm vor: Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, tiefbauarbeiten, Siedlungsvorhaben, sowie Steuerbefreiung für Ersatzbeschaffung industrieller und landwirtschaftlicher Maschinen, Steuerprämien für die Beschäftigung von Hausangestellten, Herausnahme der Hausangestellten aus wesentlichen Teilen der Versicherung und 1000-Mark-Darlehen bei Eheschließungen für diejenigen, die dieses Darlehen in monatlichen Beträgen von 10 Mark zurückzahlen können. Das Kernstück sollen die Tiefbauarbeiten darstellen, bei denen man 400 000 Arbeiter glaubt beschäftigen zu können. Dieser Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms verdient die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiter, denn in ihm prägt sich die Linie aus, die in der praktischen Arbeitspolitik der nächsten Jahre anscheinend eingehalten werden soll. Die Einstellung der 400 000 Tiefbauarbeiter soll nämlich erfolgen, ohne daß sie in ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts treten. Das heißt mit anderen Worten, alle die Bestimmungen über Tariflohn, Arbeits- und Kündigungsschutz, Sozialversicherung usw. gelten für sie nicht. Der Lohn soll bestehen in der Weitergewährung der Arbeitslosenhilfe, sowie einer täglichen warmen Mahlzeit und einer Vergütung von 25 Mark für vier Wochen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen für Gegenstände des täglichen Bedarfs. Außer der bisherigen Unterstützung also werden diese Tiefbauarbeiter weitere Barmittel nicht erhalten. Mit Recht sagt die Kölnische Zeitung, daß dieser Plan unbekümmerter sei als der Papen-Plan. Die Papenschen Vorschläge zur Tariflockerung, vor allem aber die sozialpolitischen Ermächtigungen, die Papen seinerzeit dekretierte, seien auf erbitterten Widerstand gestoßen. Heute werde die Herausnahme der Hausangestellten aus wesentlichen Teilen der Sozialversicherung, die Steuerprämien, die dem Arbeitgeber der Hausangestellten gewährt werden, als vernünftig und gerechtfertigt anerkannt. In der Vergangenheit, so sagt das Unternehmerblatt, sei die Beschäftigung Arbeitsloser auf "peinlich strenge Beobachtung der Tarifsätze" gestoßen, die "Dogmatiker der Tarifstarre" hätten jeden derartigen Beschäftigungsversuch am liebsten als Lohnunterbietung unterdrückt. Heute werde niemand mehr aus Furcht vor Lohndruck und Angst vor Unterbietung oder Einbruch

(34)

18

Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern

21. *Juni* 3[1])

An das

Reichsministerium des Innern
z. Hd. des Herrn Ministerialdirektors Gotheiner,

Berlin

Auf Anzeige hin wurden am 18.[2]) 6. um 22,30 Uhr die Räume der Sozialdemokratischen Partei in der Fehlandstraße polizeilich überholt, weil dort eine verbotene Versammlung stattfinden sollte. Der anwesende Portier behauptete, daß sich niemand im Gebäude befände und gab die Schlüssel zu den Parteiräumen nicht heraus unter der Vorgabe, er besäße dieselben nicht. Polizeibeamte drangen in das Gebäude ein und stellten fest, daß in einem nach dem Hofe liegenden Raum eine Versammlung führender Sozialdemokraten stattfand. Anwesend waren 30 Personen u. a. die Reichstagsmitglieder Dr. Staudinger und Dahrendorf, sowie die Bürgerschaftsmitglieder Schönfelder, Meitmann, Podeyn, Schmedemann, Eisenbarth und Frau Zabe. Im Versammlungsraum und in den Taschen einzelner Teilnehmer sowie unter den Tischen wurden Flugblätter gefunden, die sich mit der politischen Lage Deutschlands, wie die Führer der S.P.D. sie heute sehen und mit den daraus zu ziehenden Folgerungen befassen; ein Flugblatt ist in der Anlage beigefügt. Sämtliche Versammlungsteilnehmer wurden, da ihre Angaben über den Zweck der Versammlung sich widersprachen, in Haft genommen. Niemand der Inhaftierten wollte über die Herkunft der Flugblätter etwas wissen. Bei den ersten Vernehmungen erklärte Dr. Staudinger, daß er die Verantwortung sowohl für die Versammlung als für die Flugblätter übernehme, trotzdem er nicht sagen könne, wer diese Flugblätter verfaßt und wer sie mit in die Versammlung gebracht hätte. Zweck der

Dokument Nr. 18: Staatsarchiv – Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten I A 1 a 14 Bd. IV.

[1]) 1933.

[2]) Muß heißen: 16. 6.

Versammlung sei gewesen, über die Zukunft des »Hamburger Echo« zu beraten, woraus sich dann eine politische Debatte entsponnen habe. In gleicher Linie lagen die Aussagen der übrigen Beteiligten.
Bei seiner nächsten Versammlung[1]) erklärte Dr. Staudinger, daß er sowohl die Verantwortung für die Versammlung als auch für die Flugblätter trage. Die Flugblätter seien von ihm verfaßt, das Manuskript, das von ihm stamme, sei hier in Hamburg von einem Genossen, dessen Name ihm nicht bekannt sei, in beschränkter Anzahl vervielfältigt worden, eine genaue Anzahl der hergestellten Exemplare könne er nicht angeben. Der Inhalt der Flugblätter sei die persönliche Auffassung Staudingers über die politische Lage Deutschlands; er habe seine Gedanken hierüber zu Papier gebracht und sie seinen näheren politischen Freunden zugänglich gemacht.
Hier bestehen Zweifel darüber, ob die Aussagen Staudingers, mit der er sich zum Verantwortlichen für das Flugblatt gemacht hat, der Wahrheit entsprechen; es besteht vielmehr der Eindruck, daß die Flugblätter von der Reichsleitung der S.P.D. einheitlich als Richtlinien für die Landesorganisation herausgegeben sind und daß Staudinger und Dahrendorf, die nachgewiesenermaßen aus Berlin zu der Versammlung gekommen sind, diese Flugblätter von der Reichsleitung mitgebracht haben. Der Stil, in dem die Flugblätter verfaßt sind, läßt ebenfalls den Schluß zu, daß nicht Staudinger ihr Verfasser ist, sondern vielleicht Löbe. Die Gründe, weshalb Staudinger sich selber als Verfasser bezeichnet hat, ohne es wahrscheinlich zu sein, liegen auf der Hand; Staudinger hat offensichtlich befürchtet, daß Maßnahmen gegen die Gesamtpartei ergriffen werden würden, wenn die Herstellung dieser Flugblätter der Reichsleitung der Partei nachgewiesen wird. Aus Notizen, die bei den Versammlungsteilnehmern gefunden wurden geht hervor, daß eine eingehende Debatte für und gegen die Prager Lösung stattgefunden hat.

Der Senator und Polizeiherr.

An das Staatsamt
für auswärtige Angelegenheiten,
Hier
Rathaus Zimmer 20
Zur gefl. Kenntnisnahme.

Staatspolizei, 22. 6. 33
(gez.) Abraham

[1]) Muß heißen: Vernehmung.

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. E. HÄCKERMANN

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR
DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

4

Echo-Versammlung.

AKTENNUMMER

HAMBURG 36 26. Juni 19 33.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Frau

Irma Schacht,

Berne Bez. Farmsen

Lienaustr. 10.

Ihren Auftrag, mich um Ihren Mann zu bemühen, habe ich erhalten. Ich werde gern alles tun, was sich erreichen lässt. Zuerst gilt es ausfindig zu machen, wo Ihr Mann sich aufhält. Wissen Sie schon etwas darüber ? Wissen Sie irgendeinen Grund, weshalb die Verhaftung durchgeführt ist ? Wann ist die Verhaftung erfolgt ?

Hochachtungsvoll
Dres. Eichholz, Ruschewey, Häckermann.

RP.

5

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. E. HÄCKERMANN

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36 28. Juni 19 33.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Herrn

Jonni Schacht,

Hamburg.

In der Angelegenheit der Besprechung vom 16. Juni 1933 gewährte mir Herr Senator Richter am Dienstag, dem 27.Juni 1933, eine ausführliche Unterredung. Mit seiner Einwilligung richte ich an alle Beteiligten die folgenden, sehr ernst und eindringlich gemeinten Bemerkungen:

1. Die Ermittlungen der Polizeibehörde richten sich nach den mir gewordenen Mitteilungen zur Zeit im Wesentlichen darauf, woher eine mit Schreibmaschine geschriebene und vervielfältigte Niederschrift von 4 Seiten stammt und wie sie in die Zusammenkunft gekommen ist. Das staatspolizeiliche und politische Interesse an diesen Feststellungen liegt nicht nur bei der Polizeibehörde, sondern auch bei allen Betroffenen, und zwar nicht nur auf Grund persönlicher Erwägungen, sondern auch mit Rücksicht auf die gesamte Partei.

2. Es ist selbstverständlich, dass einer der an der Zusammenkunft Beteiligten diese Niederschrift mitgebracht haben muss. Ich halte es für die unabweisbare Pflicht des Beteiligten, der die Niederschrift mitgebracht hat, dies unumwunden zu sagen. Es nützt nichts, dass der Eine oder der Andere aus höchst achtbarer Gesinnung heraus "die Verantwortung übernimmt", vielmehr muss sich derjenige melden, der tatsächlich die Niederschrift mitgebracht hat. Das ist er den übrigen Beteiligten unbedingt schuldig und ebenso der gesamten Partei.

2.

Ich appelliere deshalb an das Ehrgefühl desjenigen, der die Schriften mitgebracht hat. Ich erwarte, dass er sich der Staatspolizei gegenüber oder in einem Brief an mich meldet.

3. Wenn diese Schwierigkeit überwunden ist, wird die Polizeibehörde m.E. viel eher sich dazu entschliessen können, in die Aufhebung der Schutzhaft einzuwilligen. Dass die neueste politische Lage mancherlei Schwierigkeiten noch zu den bestehenden gebracht hat, ist allerdings auch sicher. Diese Erwägung darf aber keinesfalls - und das betone ich mit allem Nachdruck - daran hindern, die Frage der Herkunft des Flugblattes rückhaltlos aufzuklären. Erst dann nämlich ist es möglich, mit weiteren Bemühungen an den Polizeiherrn und an den Herrn Reichsstatthalter heranzutreten.

4. Falls irgendeiner von den Beteiligten mir weitere persönliche Wünsche mitzuteilen hat, bitte ich um schriftliche Nachricht.

5. Ich habe den Polizeiherrn gebeten, mir die Möglichkeit zu einer persönlichen Besprechung mit den Beteiligten oder einem Teil von ihnen zu geben, um diesem meinem schriftlichen Appell Nachdruck zu verleihen. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus.

In der Erwartung, dass Sie alle diesen meinen Brief so ernstlich und aufrichtig hinnehmen, wie ich ihn meine, bin ich

mit freundlichem Gruss

Rüsenberg

RP.

Abschrift.

Während der Gerichtsferien:
(15. Juli – 15. September)
Büroanzeit: 9—15 Uhr
Sprechzeit: 14—15 Uhr
Zu anderer Zeit nach Anmeldung

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. E. HÄCKERMANN

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36 12. Juli 1933.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Herrn

Jonni Schacht,

Hamburg.

Ueber den Stand der Sache teile ich Ihnen kurz folgendes mit:

Am vergangenen Sonnabend hat eine wichtige Besprechung und Vernehmung stattgefunden. Dadurch ist die Sache entscheidend gefördert. Eine endgültige Entscheidung der Polizeibehörde hat bisher noch nicht herbeigeführt werden können, da der Herr Reichsstatthalter persönlich bei der Entscheidung mitwirken wird. Der Herr Reichsstatthalter ist bis Donnerstag, dem 13. Juli, abends verreist. Es ist also frühestens am Freitag, dem 14. Juli, mit einer Entscheidung zu rechnen.

Ihre Angehörigen sind verständigt. Ich bitte weiter um Geduld.

Hochachtungsvoll
gez. Ruscheweyh.

RP. Frau
J. Schacht
zur Kenntnis übersandt.

Diese Kopie wurde im „Archiv der sozialen Demokratie" (FES) hergestellt.
Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o.e. Archivs gestattet.

0/64465

Der Kurt Birkmann

geb. 1.1.03 in Köln

wohnhaft Reesch. 1a

~~befindet sich seit~~

befand sich vom 16.6.33 bis 22. Juli 1933
Konzentrationslager Hbg.-Fu.
in Polizeihaft.

Staatspolizei.

I.A.

Bose

POLIZEIBEHÖRDE HAMBURG

22. Juli 1933

36/1

Der Jonny Schacht

geb. 15.7.04 in Finkenwerder

wohnhaft Berne, Liawaschr. 10

~~befindet~~ sich seit

befand sich vom 16.6.33 bis 22.7.33

in Polizeihaft.

Staatspolizei.

I.A.

Bose

POLIZEIBEHÖRDE HAMBURG

22. Juli 1933

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. E. HÄCKERMANN

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

Während der Gerichtsferien:
(15. Juli — 15. September)
Bureauzeit: 9—15 Uhr
Sprechzeit: 14—15 Uhr
Zu anderer Zeit nach Anmeldung

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36 5. August 1933.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Herrn
Kurt Berkmann,
Hamburg
Reesestr. 1a.

Sehr geehrter Herr Berkmann,

über den Verlauf der Sache "Schönfelder und Gen." kann ich Ihnen das Folgende sagen, soweit ich es bisher aus den verschiedenen Besprechungen mit Polizeibehörde und Gericht erfahren habe:

Am 16. Juni 1933 fand in dem früheren Parteigebäude der S.P.D. eine Zusammenkunft von Personen statt, die früher in der S.P.D. eine gewisse Funktion inne hatten. Herr Schönfelder als einer der Inhaber der offenen Handelsgesellschaft Auer & Co. hatte diese Zusammenkunft veranlasst. In der letzten Zeit vor dieser Zusammenkunft hatten nämlich zwischen der Firma Auer & Co. einerseits, vertreten durch den Kommissar Herrn Dr. Hadenfeldt, und den Gewerkschaften andererseits, vertreten durch den Kommissar Herrn Habedank, Besprechungen über die Herausgabe einer Zeitung im Verlage Auer & Co. geschwebt. Auch andere Regierungsstellen waren mit diesen Verhandlungen befasst worden. Um die Möglichkeiten einer Verbreitung der etwa herauszugebenden Zeitung zu prüfen, fand die Zusammenkunft statt.

Meiner Ansicht nach - und ich glaube auch, dass die Behör die gleiche Auffassung im Laufe der Ermittlungen gewonnen haben -

Diese Kopie wurde im „Archiv der sozialen Demokratie" (FES) hergestellt.
Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o.e. Archivs gestattet.

2.

hat es sich hierbei nicht um eine verbotene "politische Versammlung" gehandelt. Deshalb hat auch der Amtsrichter nach Vorführung aller Beteiligten einen Haftbefehl nicht erlassen.

Aus Zeitungsnotizen ging nun hervor, dass bei dieser Gelegenheit politisch bedenkliche Schriftstücke gefunden worden seien. Die Ermittlungen haben m.E. mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass diese Schriften in der Zusammenkunft nicht verteilt sind, sondern dass nur zwei der Beteiligten von der Existenz dieser Schriftstücke wussten. Hierzu haben Sie nicht gehört. Die Schriftstücke haben keinerlei irgendwelche Verbindung mit der Zusammenkunft. Würde der Amtsrichter eine andere Auffassung haben und würde die Polizei nicht diese Feststellungen als erwiesen ansehen, wäre sicherlich entweder ein Haftbefehl ergangen oder die Schutzhaftfortdauer angeordnet.

Hochachtungsvoll

Dres. Eichholz, Ruscheweyh, Hückermann.

Diese Kopie wurde im „Archiv der sozialen Demokratie" (FES) hergestellt.
Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o.e. Archivs gestattet.

P.

7

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
[redacted]

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36 9. Oktober 19 33.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Herrn

Jonni Schacht,

Hamburg.

In der Angelegenheit der Echo-Zusammenkunft am 16. Juni 1933 hoffe ich, dass die Sache jetzt langsam zu einer Entscheidung gebracht werden kann. Wie die Entscheidung sein wird, kann ich noch garnicht übersehen. Die Akte war bei der Landesjustizverwaltung. Sie ist jetzt an die Staatsanwaltschaft zurückgekommen. Ob eine Anklage erhoben oder ob das Verfahren eingestellt wird, bleibt abzuwarten. Sobald ich Näheres weiss, gebe ich Ihnen Bescheid.

Da die Staatsanwaltschaft Vorlage einer Vollmacht verlangt, bitte ich höflichst um baldige Rückgabe des anliegenden Vordrucks mit Ihrer Unterschrift.

Hochachtungsvoll
Dres. Eichholz & Ruscheweyh

Ruscheweyh

RP. Anlage.
Soeben erfahre ich bei der Staatsanwaltschaft, dass die Akte an die Staatspolizei zurückgegangen ist, damit neue Ermittlungen angestellt werden. Den näheren Inhalt dieses Auftrages der Staatsanwaltschaft kenne ich natürlich nicht.

D.O.

8

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. E. HÄCKERMANN

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

29. November 19 33.

Herrn

Jonni Schacht,

Berne.

In der Angelegenheit der Zusammenkunft Fehlandstrasse hatte ich heute eine Besprechung mit dem Herrn Generalstaatsanwalt. Ich kann Ihnen das erfreuliche Ergebnis dieser Besprechung mitteilen, dass nämlich die Staatsanwaltschaft im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung sich dahin entschieden hat, dass die Angelegenheit nicht weiter verfolgt wird. Ein besonderer Einstellungsbescheid wird nicht ergehen. Ich habe die ausdrückliche Ermächtigung, dies jedem Einzelnen mitzuteilen. Dieser Brief ist deshalb hinreichender Ausweis für die geschehene Einstellung des Verfahrens.

Hochachtungsvoll

Ruscheweyh

RP.

9

DR. M. EICHHOLZ
DR. H. RUSCHEWEYH
DR. [redacted]

SPRECHZEIT: WOCHENTAGS 3—5 UHR. VORHERIGE ANSAGE VON BESUCHEN ERBETEN
BÜROZEIT: WOCHENTAGS 9—6 UHR, SONNABENDS 9—4 UHR
FERNSPRECHER: 34 50 64
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 237 31
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK UND DISKONTO-GESELLSCHAFT, FILIALE HAMBURG, FÜR DRES. EICHHOLZ UND RUSCHEWEYH

RECHTSANWÄLTE
BEI DEM HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
DEM LANDGERICHT UND AMTSGERICHT HAMBURG

AKTENNUMMER 24945

HAMBURG 36 6. Dezember 1933.
KÖNIGSTRASSE 7/9 AUSTRALHAUS

Herrn

Jonni Schacht,

Berne Bez. Farmsen.

Gestern hatte ich wiederum eine Besprechung mit Herrn Regierungsrat Streckenbach. Er teilte mir mit, dass er verfügt habe, dass die Meldepflicht aller Beteiligten aufgehoben sei. Mit dieser erfreulichen Nachricht ist nunmehr der Fall mit Ausnahme der noch laufenden Schadensersatzansprüche, über die ich im einzelnen berichten werde, erledigt.

Hochachtungsvoll

Ruscheweyh.

RP.

Nachwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis von Nachforschungen, die sich über 10 Jahre erstreckt haben. Mein Interesse an der „Echo"-Versammlung begann mit dem Buchprojekt „Für Freiheit und Demokratie – Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945". Das einzige offizielle Dokument, das aus den mit den Vorgängen um die Verhaftung der SPD-Führung befassten Behörden überliefert ist, stellt das Schreiben des NS-Polizeisenators an das Reichsinnenministerium des Innern dar (Dokumente S. 130 f). Nachweislich hat es Unterlagen gegeben, aus denen bei späteren politischen Prozessen zitiert wurde, doch wurde offensichtlich alles systematisch vor Kriegsende vernichtet.

In dem Schreiben des Polizeisenators werden acht Teilnehmer namentlich genannt. Erst im Laufe der Zeit gelang es, in verschiedenen Projekten nach und nach weitere Teilnehmer zu ermitteln. Besonders wichtig erwiesen sich die Wiedergutmachungsakten und der Nachlass von Jonni Schacht, der fast alle Schreiben von Rechtsanwalt Ruscheweyh enthielt. Mehrere Teilnehmer wurden nur durch Zufall entdeckt. Im Zusammenhang mit einer Widerstandsgruppe wurde mein Interesse an Paul Thormann geweckt. Bei der Sichtung der Wiedergutmachungsakte im Landesarchiv Schleswig erwies er sich als Versammlungsteilnehmer. Als Helga Kutz-Bauer 2008 auf dem Landesparteitag an die „Echo"-Versammlung erinnerte, meldete sich anschließend ein Zuhörer und nannte Willi Tessnow als Teilnehmer. Und schließlich brachte die Sichtung der Anklageschrift von Karl Kaufmann weitere drei Namen ans Licht, die in keinen anderen Zusammenhängen genannt worden waren.

Am Ende konnten 36 Teilnehmer ermittelt werden. Damit steht heute fest, dass die Führung der Hamburger SPD die Demokratie verteidigte und sich auch nicht durch die zahlreichen Übergriffe in die Knie zwingen ließ, bis die Verhaftung der gesamten Führung in den Räumen des Echo und das Verbot der SPD wenige Tage später die Gesamtpartei handlungsunfähig machte und dem offenen Widerstand ein Ende setzte.

Neben der Darstellung der Ereignisse und den Biographien der Teilnehmer waren mir für diese Publikation die Dokumente wichtig, die in dem Zeitraum vom Verbot der Parteizeitung „Hamburger Echo" bis zur Freilassung der Versammlungsteilnehmer verfasst wurden. Mit den Merkblättern und Rundschreiben versuchte die SPD, den Kontakt und den Informationsfluss mit den Mitgliedern aufrechtzuhalten und eine Gegenöffentlichkeit zur gleichgeschalteten Presse herzustellen. Nicht alle Ausgaben sind erhalten, von den hier reproduzierten Blättern gibt es z.T. nur ein einziges Exemplar und in einigen Fällen musste auf Kopien zurückgegriffen werden, weil die Originale verschollen sind. Abschriften von den Briefen, die Rechtsanwalt Ruscheweyh an seine Mandanten sandte, finden sich in verschiedenen Wiedergutmachungsakten. Die hier vorgestellte Briefsammlung dürften alle Mandanten erhalten haben.

Mein Dank gilt den zahlreichen Unterstützern, die diese Veröffentlichung ermöglicht haben. Besonders danke ich Helga Kutz-Bauer für die tatkräftige Begleitung.

Holger Martens, November 2010

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Arbeiterarchiv Kopenhagen
Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH)
Hamburger Echo
Hamburger Anzeiger
Hamburger Fremdenblatt
Hamburger Nachrichten
Hamburger Tageblatt
Hamburgischer Correspondent
Landesarchiv Schleswig (LAS)
Privatarchiv Jürgen Arlt
Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StAH)

Literatur:

„Alles für Hamburg" – Die Geschichte der Hamburger SPD von den Anfängen bis zum Jahr 2007, Hamburg o.D. [2008].

„Das die Frage der Wiedergutmachung ... zu einem öffentlichen Skandal geworden ist" – Zur Tätigkeit der ehemals verfolgten Sozialdemokraten 1945–2005, hrsg. v. Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Hamburg (AvS), Hamburg 2008.

Bericht der Landesorganisation / Sozialdemokratischer Verein für das Hamburgische Staatsgebiet: über die Geschäftsjahre 1927–1928, Hamburg o.J. [1929]

Büttner, Ursula / Werner Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entscheidungsjahre 1931–1933, Hamburg 1983.

Ditt, Karl: Sozialdemokraten im Widerstand: Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984.

Dokumente der Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, hg. und kom. von Henning Timpke, Frankfurt am Main 1964.

Drei Hamburger im Parlamentarischen Rat: Adolph Schönfelder und Paul de Chapeaurouge, Hermann Schäfer, hg. Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1999.

Frauen im Faschismus. Frauen im Widerstand. Hamburger Sozialdemokratinnen berichten, hrsg. v. AsF Hamburg, o.D. Hamburg.

Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945, hrsg. v. SPD Landesorganisation Hamburg, Arbeitskreis Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Hamburg 2003.

Grasmann, Peter: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München 1976.

Hamburg im „Dritten Reich", hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005.

Hans Staudinger: Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hg. und eingel. von Hagen Schulze, Bonn 1982.

Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1949, Malente 1998, 2 Bde.

Lebensbilder von Frauen in Hamburg nach 1945. Gesellschaftspolitisch aktive Frauen berichten über ihre Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit, hrsg. v. Landesverband Hamburger Frauenring e.V., Hamburg 1989.

Bildnachweis

Markus Oddey: Der „Lübecker Volksbote“, in: Demokratische Geschichte 16, 2004, S.109–120.

Martens, Holger: Auf dem Weg in den Widerstand – Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933, in: Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit. Festschrift für Franklin Kopitzsch, Hrsg. Dirk Brietzke, Norbert Fischer, Arno Herzig, Hamburg 2007, S. 354–376.

Martens, Holger: Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand in Hamburg. Teil I: Die innere Stadt, hg. von Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Hamburg 2005.

Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, unveränderter Nachdruck, Düsseldorf 1979.

Müller, Frank: Mitglieder der Bürgerschaft – Opfer totalitärer Verfolgung, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Hamburg 1995.

Schramm, Christa: Entmachtung und Verbot der SPD in Hamburg im Jahre 1933: Hausarbeit im Wahlfach Geschichte zur ersten Lehrerprüfung, unveröffentlicht, Hamburg 1960.

SPD Landesorganisation Hamburg (Hg.): Begleitheft zur Ausstellung „125 Jahre SPD in Hamburg“, Hamburg o.J. (1988).

Witt, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933, Hannover 1971.

Archiv der sozialen Demokratie S.38, 39, 67 (FA 135974, FA 036650, FA 046582);
Privatbesitz: Haase S.33, Reis S.42, Keilhack S.46 und 47, Raloff S.52, Saalfeld S.55, Arlt S.58, Schmedemann S.62;
SPD Hamburg S. 45 und 49;
Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg S. 37, 41, 51, 53, 59, 63, 64, 66, 71, 72.

Trotz größter Sorgfalt konnten die Urheber des Bildmaterials nicht in allen Fällen ermittelt werden. Es wird gegebenenfalls um Mitteilung gebeten